



DIG Ausgabe 1 2023 | 5783
MAGAZIN

Zeitschrift der Deutsch-Israelischen Gesellschaft



Impressum

Herausgeber

Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.
Präsident: Volker Beck (V.i.S.d.P.)
Bundesgeschäftsstelle
Littenstraße 105 | 10179 Berlin
Telefon 030/80 90 70 28
info@digev.de | www.digev.de

Registergericht:
Amtsgericht Charlottenburg
Registernummer: VR 4075 B

Chefredaktion

Claudia Korenke

Redaktionsteam

Aras Nathan Keul
Anna Staroselski
Anath Pollak

Titelbild

Ofek Shavit,
IDF Spokesperson Unit

Konzept/Gestaltung/Satz

Lothar Schwarzer GbR
Druck & Werbung Berlin
Telefon 030/401 89 39
info@schwarzer-druck.de

Druck & Verarbeitung

Lothar Schwarzer GbR
Druck & Werbung Berlin

Erscheinungsweise

Halbjährlich. Der Bezugspreis des DIG Magazins ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
IBAN DE84 1005 0000 1010 0091 99
BIC BELA2333

Herausgegeben mit
freundlicher Unterstützung des
Auswärtigen Amtes



Auswärtiges Amt

Inhalt

- 1 | Editorial
Volker Beck, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Grußworte

- 2 | Eli Cohen, Außenminister des Staates Israel
3 | Annalena Baerbock, Bundesministerin des Auswärtigen

Interviews

- 4 | Interview mit S.E. dem Botschafter des Staates Israel in Deutschland Ron Prosor
6 | Interview mit S.E. dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel Steffen Seibert

Aktuell

- 8 | 75 Jahre und eine lange „Freundschaft“
11 | 75 Jahre Israel: Noch mehr Mazel für Israel – nicht nur zum Geburtstag
12 | 75 Jahre Israel – Festakt in Berlin
14 | Gedanken zum 75sten Jahrestag Israels
16 | Ein Bollwerk schaffen: 75 Jahre Israel sind ein Triumph
28 | Binationales Beziehungsgeflecht
Deutsch-Israelische Städtepartnerschaften
40 | Farbe bekennen

Das Junge Forum

- 18 | Buxtehude:
Buxtehuder Jugendleiterinnen und Jugendleiter in Israel
19 | JuFo Köln trifft sich auf dem Weihnachtsmarkt
Nes gadol haya sham
20 | Geschlossen an der Seite der Proteste in Iran – und an der Seite Israels
Parteijugenden unterzeichnen auf Initiative des JuFo ein
gemeinsames Forderungspapier
21 | Interne Bildung im Jungen Forum
Zionistischer Lesekreis

Aus den AGs

- 22 | DIG Berlin/Brandenburg e.V.:
„Sicherheitszusammenarbeit: Von Israel lernen heißt sich schützen lernen ...“
23 | DIG-Vizepräsident Dr. Marcus Faber,
Mitglied des Verteidigungsausschusses, spricht in Münster
24 | Tu Bschwat-Feier in München
24 | AG Westmünsterland:
Comics – Komisch muss man können
25 | Israel-Feindlichkeit der Vereinten Nationen
Wir haben eine Stimme auf der Bühne der Welt
26 | DIG Magdeburg:
Gesicht zeigen für ein weltoffenes Magdeburg
27 | Diskussion Präsidium und Arbeitsgemeinschaften:
Weil wir gefragt werden

Makkabi Deutschland

- 30 | Erste Makkabi Wintersportwettbewerbe seit 1936
„Diese Bilder kann uns keiner mehr nehmen“

Kultur

- 32 | Nächstes Jahr in Iowa: Der Eisenbahnwaggon
36 | Mit Charme in die Gleichberechtigung
Die Autorin Mirna Funk macht sich binationale Gedanken über Männer

Rezensionen

- 38 | Dokumentarfilm über israelische Gedenkstättenreisen
#UPLOADING_HOLOCAUST
39 | Film „Goldä“: Politthriller und Portrait
Krieg und Rauch

Leserbriefe

- 42 | Leserbrief zur Contra-Position von Daniel Killy – *DIG Magazin, Ausgabe 2 | 2022*
43 | Leserbrief zur letzten Ausgabe von Heinrich Schulze – *DIG Magazin, Ausgabe 2 | 2022*
44 | Anmerkungen zur geplanten Justizreform in Israel

Nachrufe

- 48 | Gernot Römer
48 | Dr. Marie-Luise Buchwald

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

dieses Jahr feiert Israel die Gründung des jüdischen und demokratischen Staates vor 75 Jahren. Wir, Israels Freunde in Deutschland und in aller Welt, feiern mit und wünschen Mazel tov. Israel ist als Land und als Demokratie ein beeindruckendes Beispiel von Resilienz und Wehrhaftigkeit.

Am 14. Mai 1948 verlas Ben Gurion die israelische Unabhängigkeitserklärung und definierte die Identität des jungen Staates. Die Erklärung formuliert die beiden Identitätspfeiler: jüdisch und demokratisch. Israel als Heimstatt der Juden, das „der jüdischen Einwanderung und der Sammlung der Juden im Exil [offensteht]“. Zugleich ein Land, das sich „der Entwicklung zum Wohle aller seiner Bewohner widmen“ soll und sich „auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels“ stützt, indem es „all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung [verbürgt]“.

Unsere Mission als DIG war es immer, Identität und Sicherheit des jüdischen und demokratischen Staates gegen seine Kritiker und Feinde zu verteidigen: Auch gegen Schlaumeier, die etwas von einer jüdischen Theokratie fabulierten, weil sie die Identität des jüdischen Kollektivs mit seiner Verschränkung des Ethnisch-Religiösen mit dem Ethnisch-Nationalen verkennen und so einen Gegensatz zwischen jüdisch und demokratisch konstruieren wollten.

Obwohl die Unabhängigkeitserklärung bisher noch keines der Grundgesetze in Israel wurde - die ehemalige Außenministerin Zippi Livni hatte dies vor Jahren vorschlagen - haben der Oberste Gerichtshof und die Knesset beide Elemente immer wieder und weiter ausbuchstabiert. Damit hat sich Israel auch ohne Verfassung zu einer der pluralistischsten Demokratien und eines der robustesten Rechtsstaaten entwickelt. Keine Demokratie hat einen ähnlichen Stresstest zu bestehen: Vom ersten Tag des jungen Staates bis heute müssen sich das Land und seine Menschen im Konflikt, im Krieg mit seinen Nachbarn und unter ständiger Terrordrohung, wehren und bewahren – eine beispiellose Leistung.

Blickt man auf die weltweite Global Freedom Status-Karte des Freedom House, ist Israel ein kleiner grüner Klecks mit seinem Status „frei“ in einem violetten Meer mit dem Status „unfrei“ – eben die einzige Demokratie im Nahen Osten. Die Pläne der neuen Regierungskoalition von Benjamin Netanjahu, unter Einbeziehung rechtsextremistischer Kräfte drohen diese Errungenschaften des Zionismus zu gefährden: Sie wollen den Obersten Gerichtshof personell in die politische Abhängigkeit der Regierungskoalition bringen und seine Entscheidungen mit einfacher Parlamentsmehrheit überstimmen können.

Damit würde die Macht der Mehrheit sich der Einhegung durch das Recht entledigen. Aber Demokratie ist eben nicht einfach nur Herrschaft der Mehrheit, sondern zugleich wesentlich der



Volker Beck

Schutz der Rechte von politischen und sozialen Minderheiten. Dieser Schutz erfordert die Begrenzung der politischen Macht durch das Recht oder wie es Karl Popper formulierte: „Es ist nicht von Belang, wer regiert, solange man sich einer Regierung ohne Blutvergießen entledigen kann.“

Die letzten Wochen zeigen aber auch: Israel ist nicht Polen oder Ungarn. Hunderttausende gehen jeden Samstagabend auf die Straße. Es sind Menschen von säkular bis religiös, von links bis rechts, jüdisch und arabisch mit Israels Fahnen in der Hand und der HaTikvah auf den Lippen. Sie sind auf der Straße, um den demokratischen Charakter des Landes zu verteidigen.

Wir sind als DIG und Deutsche nicht berufen, innenpolitische Fragen in Israel zu lösen. Aber wenn unsere Freunde um Israels Demokratie kämpfen und Präsident Herzog vor einem Bürgerkrieg warnt, können wir nicht schweigen. Der Präsident des Zentralrates der Juden, Dr. Josef Schuster, sagt: „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit haben in Israel jahrzehntelang Kriege und Krisen überstanden – sie stehen nun vor einer erneuten Bewährungsprobe. Sie kommt ausnahmsweise nicht von außen, sondern von innen. Wir sollten den Mut haben, dies anzusprechen.“ Dies werden wir in angemessener Weise tun und auch deutlich machen: Israels Sicherheit und Existenz darf von niemandem zur Disposition gestellt werden. Das gilt unbedingt. Gleichzeitig stehen wir an der Seite derjenigen, die Israels demokratischen Charakter verteidigen. In diesem Sinne wünschen wir Israel zum 75. alles erdenklich Gute!

Ihr

Volker Beck

Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Liebe Mitglieder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Liebe Freunde Israels,

die Entwicklung der Beziehungen zwischen Israel und Deutschland wird von vielen als ein kleines Wunder angesehen. Das zarte Pflänzchen, das mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Jahr 1965 Wurzeln schlug, hat sich heute zu einem kräftigen Baum entwickelt. Gleichzeitig ist die tragische Vergangenheit nach wie vor ein Pfeiler, auf dem die deutsch-israelischen Beziehungen ruhen.

Im Laufe der Jahre haben sich diese Beziehungen in einer Vielzahl von Bereichen weiterentwickelt. Heute sind unsere beiden Länder durch einen regen Austausch in den Bereichen Wirtschaft und Technologie, Jugendbegegnungen und -austausch, Kultur und Wissenschaft sowie Sicherheit und militärische Zusammenarbeit miteinander verbunden.

An Jahrestagen ist es nur natürlich zurückzublicken. Aber heute möchte ich einen Blick in die Zukunft werfen:

Der Jugendaustausch ist das Fundament für unsere gemeinsame Zukunft. Zu diesem Zweck haben unsere Regierungen kürzlich eine Absichtserklärung zur weiteren Förderung des Jugendaustauschs unterzeichnet. Gegenseitige Besuche zwischen jungen Israelis und jungen Deutschen werden die Beziehungen nachhaltig prägen und dafür sorgen, dass sie auch in den kommenden Jahren weiter gedeihen.

Die Wirtschaftsbeziehungen sind ein weiterer Beweis für die Stärke unserer Freundschaft. Deutschland ist heute Israels größter Handelspartner in der EU und der drittgrößte in der Welt, nach den Vereinigten Staaten und China.

Die Kooperationen in der Start-up-Szene symbolisieren, wie gut sich Deutsche und Israelis gegenseitig ergänzen. Deutsche sind dafür bekannt, dass sie akribisch planen und über hervorragende organisatorische Fähigkeiten verfügen. Die Stärken unserer beiden Völker in Kombination ergeben ein Erfolgsrezept.

Fünfundsiebzig Jahre nach der Gründung des Staates Israel ist klar, dass das, was einst für unmöglich gehalten wurde, heute Realität geworden ist. Israel und Deutschland sind heute strategische Partner und Verbündete. Diese strategischen Beziehungen dienen nicht nur den nationalen Sicherheitsinteressen beider Länder, sondern tragen auch zur globalen Stabilität bei.

Man kann nicht über Israels aktuelle Sicherheitsbedürfnisse sprechen, ohne den Iran zu erwähnen: Seit der sogenannten Islamischen Revolution ist der Hass auf den jüdischen Staat ein zentraler Bestandteil der Ideologie und Außenpolitik des Regimes. Der Iran ist weiterhin eine Quelle der Instabilität und



Foto: O'fir Abe

Eli Cohen

verbreitet Terror und Gewalt im gesamten Nahen Osten und darüber hinaus. In Verbindung mit dem unablässigen Streben des Irans nach militärischen Nuklearfähigkeiten ist dies nicht nur eine Bedrohung für Israel, sondern auch für die gesamte zivilisierte Welt. Dem Iran darf niemals erlaubt werden, in Besitz von Atomwaffen zu gelangen. Erst kürzlich konnte man die Brutalität des Regimes in vollem Umfang am Himmel über Europa beobachten, als Drohnen aus iranischer Produktion aktiv die ukrainische Zivilbevölkerung massakriert haben. Die Aggression des Irans kennen keine Grenzen und die Welt muss jetzt handeln, bevor es zu spät ist.

Nicht zuletzt möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um den Mitgliedern der Deutsch-Israelischen-Gesellschaft und des Jungen Forums zu danken. Wir wissen Ihre jahrzehntelange Unterstützung für die deutsch-israelischen Beziehungen und Ihre Bemühungen im Kampf gegen Antisemitismus in all seinen Formen, einschließlich des israelbezogenen Antisemitismus, sehr zu schätzen.

Liebe Freunde, Israel hat in den letzten 75 Jahren so viel erreicht. Auf die nächsten 75!

Mazel tov, Prost, and L'Chaim!

Eli Cohen
Außenminister des Staates Israel

Liebe Freundinnen und Freunde Israels,

vor 75 Jahren, am 14. Mai 1948, verlas David Ben-Gurion die Unabhängigkeitserklärung Israels. Damit ging für viele ein jahrhundertlang gehegter Traum in Erfüllung. Die Lebensleistung der israelischen Frauen und Männer, die diesen jüdischen und demokratischen Staat mit aufgebaut haben, wird für immer unvergessen bleiben. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit waren in den letzten 75 Jahren immer ein Aushängeschild Israels. Auch darauf gründen unsere einzigartigen Beziehungen.

Es grenzt an ein Wunder, dass nach dem Menschheitsverbrechen der Shoah – nach dem Mord an mehr als sechs Millionen Jüdinnen und Juden – eine tiefe Freundschaft und ein gemeinsames Wertefundament zwischen Deutschland und Israel gewachsen sind. Es bleibt daher unsere Verantwortung, unsere Stimme zu erheben gegen Antisemitismus, gegen Hass und Hetze, gegen Ausgrenzung und Gewalt, damit ein solches Menschheitsverbrechen sich nie mehr wiederholt. Als Mensch wie als deutsche Außenministerin bin ich unendlich dankbar, dass Israel uns die Hand gereicht hat.

Das Existenzrecht Israels gehört zur deutschen Staatsräson. Mit unserer Außenpolitik wollen wir dazu beitragen, dass alle Menschen in Israel und seiner Nachbarschaft heute und in Zukunft in Frieden, Sicherheit und Freiheit leben können. Darum setzen wir uns weiter für eine Verständigung in der gesamten Region ein. Der Weg zu einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Israelis und Palästinensern bleibt dabei eine verhandelte Zweistaatenlösung. Dafür braucht es Mut, Dialog und Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten. Deutschland wird alle Parteien auf diesem Weg auch weiter nach Kräften unterstützen.



Annalena Baerbock

Gleichzeitig ist uns bewusst: Nicht nur in Politik und Wirtschaft lebt die Verbundenheit zwischen Deutschen und Israelis, sondern überall dort, wo Menschen aus unseren beiden Ländern zusammenkommen: In zivilgesellschaftlichen, kulturellen oder wissenschaftlichen Begegnungen, im Jugend- und Schüleraustausch oder in unseren Städtepartnerschaften. Wir möchten dieses bunte gesellschaftliche Netzwerk weiter ausbauen und zukunftsfest machen. Auch deswegen arbeiten wir intensiv an der Schaffung eines Deutsch-Israelischen Jugendwerks.

Die Mitglieder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft haben einen erheblichen Anteil am gesellschaftlichen Austausch zwischen unseren Ländern. Ich bin beeindruckt von ihrem Ideenreichtum, sei es in den regionalen Arbeitsgemeinschaften, im Jungen Forum oder in unterschiedlichsten Diskussionsforen. Dieses Engagement füllt unsere Freundschaft mit Israel mit Leben! Das Auswärtige Amt wird die Deutsch-Israelische Gesellschaft auch in Zukunft unterstützen.

Die Vielfalt der engen deutsch-israelischen Beziehungen spiegelt sich auch in der Jubiläumsausgabe wider, die Sie in den Händen halten.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre!

Annalena Baerbock
Bundesministerin des Auswärtigen

Interview mit S.E. dem Botschafter des Staates Israel in Deutschland

Ron Prosor

Wo ist Ihr Lieblingsort in Berlin?

Das wird viele überraschen: Eine echte Institution in Berlin, die aus der Stadt nicht mehr wegzudenken ist, der Imbiss Curry 36, wo es die beste Currywurst von Berlin gibt.

Was hat Sie am meisten in Deutschland überrascht?

Am meisten hat mich überrascht, dass die deutsche Bevölkerung wegen der Ukraine bereit ist, große persönliche Opfer zu bringen, um den Drang nach Freiheit und demokratischen Werten Rechnung zu tragen. In Deutschland hat man zum ersten Mal verstanden, dass es wichtig ist, dass man sich verteidigen kann. Dialog alleine reicht nicht aus, wenn man es mit Diktatoren zu tun hat – in Israel hat man das schon lange verstanden.

Was bedeuten für Sie die deutsch-israelischen Beziehungen in einem Satz?

Dass wir daran glauben müssen, dass das Unvorstellbare möglich ist. Dass es möglich ist, Brücken der Freundschaft über tiefe Gräben zu bauen, um eine bessere Zukunft für beide Generationen zu schaffen.

Was sind die drei Topthemen, die Sie sich vornehmen?

Erstens und am wichtigsten: Ich möchte den Jugendaustausch fördern. Die Beziehungen zwischen unseren Ländern sollen nicht nur auf der Regierungsebene gut funktionieren, sondern auch auf der persönlichen Ebene – von Volk zu Volk. Ein weiteres Thema, das ich mir vorgenommen habe, ist, die Aufmerksamkeit und Sensibilität für die iranische Bedrohung zu

fördern. Iranische Drohnen und Raketen ermorden Zivilisten in der Ukraine. Es gibt einen direkten Draht zwischen der Art und Weise, wie die Mullahs mit Frauen bzw. der eigenen Bevölkerung umgehen und den Plänen, die sie für die ganze Welt bereit halten. Heute treten sie die Menschenrechte im Iran mit Füßen, wenn man es zulässt, werden sie im Rest der Welt genau so auftreten. Israel steht an der Seite von Deutschland und anderen europäischen Partnern. Wir würden gerne mit unserem Raketen-Abwehrsystem Arrow 3 dafür sorgen, dass die Menschen in Deutschland und Europa besser verteidigt werden können.

Außerdem möchte ich die Zeitenwende, die wir gerade im Nahen Osten sehen können, bekannter machen. Die Friedensabkommen im Rahmen der Abraham-Abkommen hat man in Deutschland noch nicht richtig zur Kenntnis genommen, obwohl sie das Verhältnis zwischen Israel und den ersten Arabischen Staaten zu einer neuen Blüte verholfen haben. Friedensabkommen mit arabischen Staaten hatte Israel bereits zuvor mit Ägypten und Jordanien. Aber während die ersten beiden Abkommen hauptsächlich die Beziehungen auf staatlicher Ebene verbessert haben, ist das Besondere an den Abraham-Abkommen, dass sie die Beziehungen zwischen ganz normalen Menschen ermöglichen.

Anlässlich des 75. Geburtstags Israels: Was wünschen Sie sich für die deutsch-israelischen Beziehungen?

Ich wünsche mir, dass wir auch Israel und Deutschland mehr Beziehungen auf der persönlichen Ebene ermöglichen. Ich halte es für wichtig, damit Institutionen und Unternehmen ohne großen diplomatischen Aufwand Partner in Israel finden und mit diesen kooperieren können.



Prof. Ron Prosor

Gleichgesinnte und Experten aus beiden Staaten sollten mit geringstem Aufwand zusammenarbeiten können. Dem Wissenschaftler der Max-Planck-Gesellschaft muss die Kollegin im Weizmann-Institut, die zum selben Thema forscht, persönlich bekannt sein. Das schafft eine unmittelbare Beziehung zwischen den Völkern über die abstrakte Ebene auf staatlicher Ebene hinaus. Diese Beschreibung fasst für mich zusammen, wie die Beziehung unserer Staaten ausgestaltet werden sollte: eine Beziehung zwischen Völkern, nicht bloß zwischen Staaten!

Ich möchte, dass jedem Kind und jedem Erwachsenen in Israel bekannt ist, was das Wort Mittelstand bedeutet. Auch Forschungsinstitute wie Leibniz oder Fraunhofer sollten in Israel ein Begriff sein.

Viele haben Sorge vor einer Zunahme des palästinensischen Terrorismus in Israel. Was sollte Deutschland tun, um das zu verhindern?

Es gibt bei den Palästinensern einen Pro Kopf-Zuschlag (also eine Prämie). Sie wird an palästinensische Terroristen und ihre Familien bezahlt, wenn sie Israelis töten. Alleine im Jahr 2023 wurden bereits 15 Menschen in Israel Opfer des palästinensischen Terrorismus. Deutschland zahlt jedes Jahr eine Menge Geld an die Palästinensische Autonomiebehörde und sollte versuchen seine Einflussmöglichkeiten zu nutzen, um dem ein Ende zu setzen. Die Rote Armee Fraktion (RAF) hat bei der Geiselnahme in der deutschen Botschaft in Stockholm zwei Geiseln ermordet. Bernhard Rössner, ein beteiligter Terrorist von der RAF, hat 1994 im ZDF erklärt, er empfinde keine Reue und kein Bedauern gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen. Das alleine ist schon zynisch genug, jetzt stellen Sie sich mal vor, dass Rössner und seine Familie bis heute ein staatlich finanziertes Gehalt dafür bekommen würden. Nicht auszumalen, was dann in Deutschland los wäre.

Was kann Deutschland von Israel lernen und andersrum?

Ich möchte das mit einem Sprachbild beantworten: Israel bringt Deutschland das Fliegen bei und Deutschland bringt Israel das Landen bei.

Wenn israelische Kreativität und kreatives Chaos auf deutsches Können, deutsche Pünktlichkeit und Disziplin treffen, entsteht eine klare Win-Win-Situation. Und mischen wir dann noch etwas israelische Chuzpe dazu, können wir vermutlich fast alles schaffen.

Was kann getan werden, um Antisemitismus zu bekämpfen?

Zunächst würde es helfen, wenn die Arbeitsdefinition der International Holo-

caust Remembrance von möglichst vielen Institutionen als Orientierungsgrundlage implementiert wird. Sie lautet:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Im Bildungssystem muss die klare Botschaft vermittelt werden, dass Antisemitismus kein Kavaliersdelikt ist, sondern eine konkrete Bedrohung für jüdisches Leben in Deutschland darstellt. Auch hier könnte der Jugendaustausch eine entscheidende Rolle spielen: Jugendliche aus Deutschland, die für eine Weile in einer israelischen Gastfamilie leben, lernen Israel und die Israelis auf eine sehr persönliche Art kennen. Israelische Jugendliche in deutschen Gastfamilien können diese Eindrücke auf beiden Seiten verstärken.

Die Islamische Republik Iran hat es sich zum Ziel gesetzt, Israel zu vernichten. Wie sollte Deutschland vor dem Hintergrund der deutschen Staatsräson in Bezug auf Israels Sicherheit damit umgehen?

Wir Israelis reden uns seit vielen Jahren den Mund fusselig, um klar zu machen, welche Bedrohung der Iran darstellt. Zuerst für Israel, doch danach stehen auch alle anderen westlichen Länder im Fadenkreuz. Das iranische Regime hasst Juden, weil sie Juden sind, Christen, weil sie Christen sind und Muslime, weil sie sich nicht der Islamauffassung des Regimes unterwerfen wollen.

Was die deutsche Staatsräson betrifft: Das iranische Regime bedroht Israel und seine Umgebung mit seinem Atomwaffenpro-

gramm und leugnet den Holocaust. Die Haltung Deutschlands muss also unmissverständlich sein. Die Revolutionsgarden müssen endlich auf die EU-Terrorliste und jede Umgehung der Sanktionen gegen das Regime muss konsequent bestraft werden.

Blicken wir in die Zukunft. Welche Herausforderungen für die deutsch-israelischen Beziehungen sehen Sie und was macht Ihnen Hoffnung?

Die Beziehung zwischen Israel und Deutschland sind wegen des Holocausts unvergleichbar mit anderen bilateralen Beziehungen. Die jüngeren Generationen in Deutschland trifft keine Schuld an der Geschichte, schließlich waren sie zu dieser Zeit noch nicht auf der Welt. Aber Deutschland hat eine besondere Verantwortung für den jüdisch-demokratischen Staat Israel. Diese Verantwortung hat Angela Merkel 2008 bei einer Rede in der Knesset in Jerusalem angesprochen und die Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson betont. Olaf Scholz hat diese Verantwortung bestätigt, als Premier Minister Benjamin Netanyahu vor Kurzem in Deutschland war. Daraus ergibt sich die Herausforderung, wie diese Staatsräson in die Tat umgesetzt und mit Leben erfüllt werden kann.

Es macht mir Hoffnung, dass sich Israel und Deutschland in den letzten Jahrzehnten in eine gemeinsame Richtung entwickelt haben. Wir haben nicht immer dieselbe Route im Sinn, aber so lange wir ans gleiche Ziel wollen, kann man sich über die Details einig werden. Wir haben das GPS-System erfunden und können beim Navigieren helfen, dafür kann Deutschland mit seinem Organisationsgeschick dafür sorgen, dass wir auch wirklich ankommen.

Interview mit S.E. dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel

Steffen Seibert

Wo ist Ihr Lieblingsort in Jerusalem?

Oh, da gibt es so einige. Um nur einmal drei zu nennen: die archäologische Abteilung des Israel Museum; der Garten der Borromäerinnen; die Jaffa Street an einem Regentag.

Was hat Sie am meisten in Israel überrascht?

Vielleicht wie schnell ich mich zu Hause gefühlt habe. Das liegt natürlich daran, dass so viele Menschen uns so schnell in ihr Leben hineingelassen haben. Nicht nur zum Essen eingeladen, sondern wirklich willkommen geheißen und mit uns gleich über die wichtigen Dinge des Lebens gesprochen haben.

Was bedeuten für Sie die deutsch-israelischen Beziehungen in einem Satz?

Ein Glücksfall, den es tagtäglich zu pflegen gilt. Der Beginn der deutsch-israelischen Beziehung war eine Wende der Geschichte, die Hoffnung macht. Wir sind heute Freunde und Partner, im vollen Bewusstsein der Menschheitsverbrechen, die Deutsche erdacht und begangen haben und die für uns Deutsche heute und in der Zukunft eine besondere Verantwortung bedeuten.

Was sind die drei Topthemen, die Sie sich vornehmen?

Für die Zukunft wünsche ich mir, dass noch mehr Deutsche und Israelis einander von Mensch zu Mensch begegnen. Daher ist mir die Gründung eines deutsch-israelischen Jugendwerks, wie wir es jetzt auf den Weg gebracht haben, besonders wichtig.

Zweitens möchte Deutschland, dort wo es kann, einen Beitrag zur Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und seinen Nachbarländern leisten.

Und drittens ist es mir wichtig, den berühmten Satz, dass Israels Sicherheit für Deutschland Staatsräson ist, mit Leben zu füllen. Dazu gehört, dass gerade wir Deutsche für das Recht Israels, friedlich und ohne Bedrohung zu leben, eintreten. Und dazu gehört, immer wieder daran zu erinnern, dass es im Interesse der Sicherheit Israels ist, eine politische und auf Verhandlungen basierende Lösung des Konflikts mit den Palästinensern zu finden. Aus unserer Sicht ist dafür noch immer die Zweistaaten-Lösung am besten geeignet.

Anlässlich des 75. Geburtstags Israels: Was wünschen Sie sich für die deutsch-israelischen Beziehungen?

Ich wünsche mir, dass Israel und Deutschland sich noch stärker im Kampf gegen die Erderwärmung und deren Folgen zusammenschließen. Das ist die existentielle Zukunftsfrage unseres Planeten und unsere beiden Länder haben alles, um dazu gemeinsam einen Beitrag zu leisten: Digitale Innovationsfreude, Ingenieurskunst, Spitzenforschung.

Viele haben Sorge vor einer Zunahme des palästinensischen Terrorismus in Israel. Was sollte Deutschland tun, um das zu verhindern?

Wie gesagt, wir haben als Deutsche eine besondere Verantwortung für die Sicherheit Israels und müssen dieser Verantwortung auch in unserem Handeln



Steffen Seibert

gerecht werden. Wir verurteilen daher jeglichen Terrorismus und natürlich auch jegliche Form des Judentums. Wir sagen unseren Gesprächspartnern auf der palästinensischen Seite immer wieder, Gewalt wird nicht zu einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts führen. Was wir brauchen, ist aber auch eine staatliche Perspektive für die Palästinenser und Palästinenserinnen, die ebenfalls das Recht haben, in Würde, Sicherheit und Selbstbestimmung zu leben.

Was kann Deutschland von Israel lernen und andersherum?

Wir könnten uns einiges von der entspannten Flexibilität der Israelis abschneiden. Beindruckend finde ich auch ihren kühlen Kopf und ihren starken Zusammenhalt in Krisensituationen. Umgekehrt denke ich als Bewohner des Großraums Tel Aviv schon häufig, dass so ein gut ausgebautes

öffentlicher Nahverkehr wie in den meisten deutschen Großstädten auch etwas Wunderbares ist.

Was kann getan werden, um Antisemitismus zu bekämpfen?

Dass der Antisemitismus derzeit wieder zunimmt, ist entsetzlich. Ein Patentrezept gibt es nicht. Das wichtigste Mittel ist sicher Bildung: das Wissen über jüdische Kultur und Geschichte zu stärken; die unwiderlegbaren Fakten über den Holocaust an jede neue Generation weiterzugeben und jeglicher Verfälschung entgegenzutreten. Und wichtig sind natürlich auch Begegnungen von Mensch zu Mensch, um Ressentiments vorzubeugen.

Da, wo Judenhass gepredigt oder praktiziert wird, muss der Staat natürlich auch hart eingreifen. Die Bundesregierung hat im November eine „Nationale Strategie gegen Antisemitismus“ verabschiedet, die darauf abzielt, diesen Kampf zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu machen. Denn so viel ist klar: Politik, Gesetze und die Polizei haben allesamt ihre Rolle zu spielen. Die wichtigsten Kämpfer gegen den Antisemitismus sind aber wir Bürger. Jeder und jede kann in seiner Um-

gebung dazu beitragen, dass dieses Gift sich nicht weiterverbreitet. Dazu gehört Zivilcourage.

Die Islamische Republik Iran hat es sich zum Ziel gesetzt, Israel zu vernichten. Wie sollte Deutschland vor dem Hintergrund der deutschen Staatsräson in Bezug auf Israels Sicherheit damit umgehen?

Deutschland und Israel sind sich völlig einig, dass Iran nicht in den Besitz einer Atomwaffe kommen darf. Dies wäre nicht nur eine existenzielle Bedrohung Israels, sondern auch des Friedens und der Stabilität in der gesamten Region. Gegenüber dem iranischen Regime machen wir sehr deutlich, dass die fortschreitende nukleare Eskalation seitens Irans inakzeptabel ist und rufen zu einer dringenden Umkehr auf.

Wir stehen an der Seite der Menschen in Iran, die in eindrucksvoller Weise für Freiheit und Selbstbestimmung auf die Straßen gegangen sind. Dazu gehört auch, dass wir entschlossen gegen diejenigen vorgehen, die für die brutale Repression und für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, unter anderem mit entsprechenden EU-Sanktionen. Ein „busi-

ness as usual“ kann es mit einem solchen Regime nach wie vor nicht geben.

Blicken wir in die Zukunft.

Welche Herausforderungen für die deutsch-israelischen Beziehungen sehen Sie und was macht Ihnen Hoffnung?

So paradox das klingt: Gerade die derzeitige tiefgreifende Auseinandersetzung über die Zukunft der israelischen Demokratie macht mir auch Hoffnung. Bei allem Streit und aller Erbitterung beeindruckt es mich sehr, wie leidenschaftlich die Menschen hier für ihre Überzeugungen einstehen und wie ernsthaft sie 75 Jahre nach der Gründung ihres Staates darüber diskutieren, in was für einem Land sie in Zukunft leben wollen.

Die Bürgerinnen und Bürger überlassen die Politik in dieser entscheidenden Phase nicht nur den Abgeordneten in der Knesset, sondern machen sie zu ihrer ureigenen Sache. Das stimmt mich hoffnungsvoll, weil neben unserer Geschichte ja auch immer das gemeinsame Verständnis von Demokratie und Rechtsstaat eine Grundlage unserer Freundschaft war – und – davon bin ich überzeugt – auch in Zukunft sein wird.





**David Ben Gurion und Konrad Adenauer
bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen
zwischen Israel und Deutschland**

Michael Wolffsohn

75 Jahre

und eine lange „Freundschaft“

Es gefällt uns Israel-Freunden nicht, doch machen wir uns nichts vor: Israel ist nicht nur in Deutschland höchst unbeliebt. Dieser Tage heißt es: „Wegen Netanjahu“ oder „Wegen Ben Gwir“ oder „Wegen, wegen“. Man muss kein Historiker sein. Es genügt, zumindest bei älteren Zeitgenossen, die (wie ich) ungefähr so alt wie Israel sind, schon die Erinnerung. Vor „Bibi“ war es „Wegen ABC“. Wie kam es dazu?

In der DDR war die Sache nach dem kurzen Pro-Israel-Intermezzo der SBZ 1947/48 klar und wurde beim Namen genannt. Israel wäre Speerspitze des westlichen Imperialismus, Kolonialismus und Kapitalismus im Nahen Osten. Wer Fortschritt und Moral wolle, dürfe nicht unterstützen.

Die (bundes)deutsch-israelische Freundschaft ist seit jeher ein Produkt der politischen Klasse, nicht der Gesellschaft. Am Anfang waren Adenauer und Ben Gurion. Die langlebige Legende besagt, Adenauer habe die Wiedergutmachung an Israel und die Jüdische Welt als Beweis der moralischen Erneuerung Deutschlands gegenüber der zivilisierten, westlichen Welt, besonders den USA gebraucht. In meinem Buch „Ewige Schuld“ (Erstausgabe 1988, aktualisiert März 2023) habe ich dokumentarisch bewiesen, dass davon keine Rede sein konnte. Seit Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950 brauchten und wollten die USA in der geografischen Mitte Europas, sprich: am östlichsten Rand der westlichen Welt, also in der BRD, Soldaten. Sie mussten nämlich von Westdeutschland nach Korea abgezogen werden. Das entstandene militärische Vakuum sollte wieder gefüllt werden. Dafür brauchte der Westen Westdeutschlands Aufrüstung.

Als der deutsch-israelische Wiedergutmachungszug 1951 stockte und stoppte, beklagte sich Israels Ben Gurion hierüber bei US-Außenminister Dean Acheson. Der erwiderte kühl: „Das ist eine Frage der Prioritäten“. Klartext: Erst Wiederaufrüstung und dann, wenn überhaupt, Wiedergutmachung. Beides gleichzeitig, so die Überzeugung der US-Politiker, -Militärs und -Ökonomen, könne die noch wirtschaftswunderferne Bonner Republik nicht stemmen.

Für Adenauer war die zumindest finanzielle Wiedergutmachung an Israel und die Juden ein Herzensanliegen. Gegen die massive Ablehnung in der CDU und noch mehr in der CSU (auch Franz Josef Strauß) boxte Adenauer 1952/53 das Wiedergutmachungsabkommen durch. 44% der Westdeutschen lehnten es ab, nur 12% hießen es gut. Im Herbst 1956 bat die US-Administration den

Kanzler, die Zahlungen an Israel so lange auszusetzen wie sich Ben Gurion weigerte, die kurz zuvor von Ägypten eroberte Sinai-Halbinsel zu räumen. No thanks, lautete des Kanzlers Antwort. Prinzipien, keine Taktik.

Der Adenauer'schen Standfestigkeit entsprach die Ben Gurion'sche. Um das ökonomische Nachholocaust-Überleben der Juden im Jüdischen Staat zu sichern, boxte er 1952 die Annahme von deutschem „Blutgeld“ in Parlament und Gesellschaft durch. Rechte und Linke hatten das kategorisch abgelehnt. Fast wäre es darüber zu einem Bürgerkrieg gekommen. Dabei und damals wurde der innerisraelische (und gesamtjüdische) Gewissenskonflikt erkennbar. Auf der individuellen ebenso wie der kollektiven Ebene: Ist es vertretbar, dass wir Überlebende für das Blut unserer Ermordeten Geld annehmen? Anders sahen es weite Teile der deutschen Öffentlichkeit. Besonders krass brachte es der CSU-Bundestagsabgeordnete Hermann Fellner 1985 auf den Punkt: Es werde „der Eindruck erweckt, dass die Juden sich schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klimpert ... Irgendwann müssen wir Ruhe haben“. Schließlich verlangte er von den Juden „mehr Sensibilität für die Deutschen“. Trotzdem zog er auch nach den nächsten Wahlen, 1987, in den Bundestag. Ein tiefer emotionaler und faktenbezogener Graben zwischen „den“ Deutschen und „den“ Israelis und „den“ Juden. Der inzwischen tote Fellner personifiziert bis heute die Spitze des deutschen Eisbergs. Seine war aber sichtbar.

Nach dem für Israel siegreichen 6-Tage-Krieg vom Juni 1967 wechselten die Namen, deretwegen Israel unbeliebt war. Plötzlich hatte sich in den Augen der Westeuropäer – ablesbar an Umfragen und Politik – der liebe, schwache, verfolgte israelische David in einen Goliath verwandelt. Schlimmer noch: Aus David war scheinbar Goliath geworden. Mit so einem Typen und Helden wollen „aufgeklärte Deutsche“ inzwischen nichts mehr zu tun haben.

Selbst der weiche israelische Ministerpräsident Eschkol, der noch im Juni 1967, wie die Mehrheit seiner Großen Koalition, eine Rückgabe aller im Juni eroberten Gebiete erwogen hatte, schien Deutschen und Westeuropäern plötzlich hart, denn: Seit August 1967 beharrte Israel darauf, für einen Frieden „Gebiete“ zu räumen, doch nicht „alle Gebiete“. Was führte zur Wende im August 1967? Die Tatsache, dass alle arabischen Staaten auf ihrem Gipfeltreffen Nein gesagt hatten zu Anerkennung, Frieden und Beziehungen zu Israel.

Dem im Kern weichen Eschol folgten fast nur noch zupackende Tacheles-Ministerpräsidenten. Zuerst „Golda“, Golda Meir. Eine No-Nonsense Politikerin, eine Mischung aus Landesmutter und Power-Frau, die klare Worte „ohne Parfum“ liebte. Anders als schon damals (west)deutsche Politiker versteckte sie sich nicht hinter nichtssagenden Floskeln. Goldas „typisch israelische“ Direktheit (Chutzpe?), Klarheit und ggf. Härte mochten und mögen „die“ (meisten) Deutschen und Westeuropäer nicht. Im Oktober 1973, im Jom-Kippur-Krieg, stand Israel am Rande der Auslöschung. Golda erbat US-Waffen. Präsident Nixon war bereit und wollte sie über die BRD liefern. Nein, sagte die Regierung Brandt (SPD) -Scheel (FDP). Damit opferte sie die vorherige deutsche Nahostpolitik ihrer neuen, an sich begrüßenswerten Ostpolitik auf Kosten Israels. Auch bei Umfragen sackte Israels Beliebtheit dramatisch ab. Trotz des vorangegangenen Fast-Untergangs. Freunde in Politik und Gesellschaft handeln anders.

Weil und als Ex-General entsprach Goldas Nachfolger Rabin ebenfalls nicht dem neuen Gardemaß deutscher Politik. Ein Ex-Militär als Ministerpräsident? Fast der Weltuntergang. Es kam für die konfliktscheuen Neudeutschen noch schlimmer. Von 1977 bis 1983 führte Menachem Begin als erster Nicht-Sozialdemokrat Israels Koalitionen. „Faschist“, „Terrorist“, bestenfalls „Ex-Terrorist“ waren die Schlagworte, mit denen Israels Image weiter zerschlagen wurde. Medien und Bundeskanzler wirkten Helmut Schmidt (SPD) tatkräftig mit. Er bezeichnete Begin im Oktober 1980 als „größte Gefahr für den Weltfrieden“. Die Wirklichkeit sah anders aus. Im September 1978 hatte Begin mit Ägyptens Präsident Sadat das Abkommen von Camp David und im März 1979 den bis heute funktionierenden bilateralen Friedenvertrag unterzeichnet. Beide wurden dafür mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Der BRD-Kanzler sah das anders. Auch die deutsche Öffentlichkeit. Erst recht, nachdem Begin es im Juni 1981 „gewagt“ hatte, den beinahe waffentüchtigen irakischen Atommeiler bei Bagdad von Israels Luftwaffe, zerstören zu lassen. Dieser „Krieg“ forderte ein Todesopfer. Einen italienischen Ingenieur. Kurz zuvor, im Mai 1981, hatten sich Schmidt und Begin ein mediales Fernduell geliefert. Seitdem 1981 gehört Israel in Deutschland zu den weltweit unbeliebtesten Staaten. Das hat sich, abgesehen von kurzen Ausnahmen unter Rabin in der Ära seiner Friedenspolitik („Oslo“-Vertrag, 1993-1995) nicht geändert.

Anders als seine beiden Vorgänger Helmut Kohl (CDU). Er erwies sich als Freund Israels. Doch auch er hatte seine Kanzlerschaft 1982/83 anders begonnen. Zunächst hatte er, wie sein Vorgänger Helmut Schmidt, dem damals israelfeindlichen Saudi Arabien massenhaft Leopard-Panzer liefern wollen. Stattdessen ließ er später Israel U-Boote liefern. Ein Kohl, zwei Politiken.

Kohls Nachfolger Gerhard Schröder (SPD) machte kein Hehl aus seiner Israel-Abneigung. Sein Vize Joschka Fischer (Grüne) steuerte gegen, was für ihn innerparteilich nicht leicht und nur seines Charismas wegen toleriert wurde.

Anders als Schröder suchte Angela Merkel die Wiederannäherung an Israel. Nach der Schröder-Fischer-Pause wurden wieder deutsche U-Boote geliefert – für einen eventuellen atomaren Zweit-



Prof. Dr. Michael Wolffsohn

schlag Israels nach einem befürchteten iranischen Erstschlag. Ob sie diesen mit der aktiven Unterstützung des 2015 mit dem Iran geschlossenen Atomabkommen nicht eher mitherbeigeführt hätte, ist zumindest umstritten. Unvergesslich die Sicherheitsgarantie, die Merkel im März 2008 vor der Knesset gab. Dabei dürfte sie gewusst haben, dass die Bundeswehr schon damals nicht in der Lage gewesen wäre, das eigene Territorium zu verteidigen, geschweige denn das ferne Israel.

Inzwischen sieht jedermann: Nicht Israel benötigt den Schutz Deutschlands, sondern, umgekehrt, Deutschland den Schutz Israels. Nach der Putin-Aggression gegen die Ukraine will die Ampelkoalition mit Hilfe israelischer Drohnen, Anti-Raketen-Raketen Deutschland schützen und die deutsche Wirtschaft mit Hilfe der IT-Weltmacht Israel die digitale Lücke zur Weltspitze schließen. Im präventiven sowie reaktiven Anti-Terror-Kampf ist Deutschland schon lange ohne US- und israelische Hilfe eher hilflos. Wer braucht wen mehr?

Umstritten war zwischen „den“ Deutschen und „den“ Israelis (zumindest bis zum Ausbruch des Ukraine-Krieges) erstens die Legitimität von Gewalt als Mittel der Politik; zweitens die politische und militärische Zentralität des Faktors Land; drittens das politische Gewicht der Faktoren Volk, Nation und Staat und schließlich viertens das Gewicht der Religion in der Politik. Beide Seiten haben aus derselben Geschichte, unterschiedliche Lehren gezogen. Daran dürfte sich zumindest in den kommenden 75 Jahren wenig ändern.

Prof. Dr. Michael Wolffsohn

Prof. Dr. Michael Wolffsohn, Historiker und Publizist, Hochschullehrer des Jahres 2017, zuletzt erschienen „Eine andere Jüdische Weltgeschichte“ (2022) und „Ewige Schuld? 75 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen“ (2023).

75 Jahre Israel

Noch mehr Mazel für Israel – nicht nur zum Geburtstag



**Friedrich Merz,
Parteivorsitzender CDU**

»Mazel tov Israel! Bei meinem jüngsten Besuch in Israel habe ich einen IDF-Stützpunkt besucht, auf dem Israelis deutsche Soldaten ausbilden. Dieses Bild bleibt mir mit großer Demut und Dankbarkeit für die deutsch-israelische Freundschaft im Gedächtnis.«



**Christian Lindner,
Parteivorsitzender der FDP**

»Israel ist für mich ein Staat, der wie kein anderer für Innovation steht. Die besondere Beziehung zu Israel fußt nicht nur auf der immer währenden Verantwortung Deutschlands, sondern Israel ist auch ein natürlicher Partner als einzige Demokratie im Nahen Osten.«



**Omid Nouripour,
Parteivorsitzender Grüne**

»Alle Demokratien haben denselben Wesenskern: Wandel. Das verbindet uns auch mit Israel. Mich fasziniert besonders die Krisenresilienz, die Israel in einem feindlichen Umfeld entwickeln musste.«



**Lars Klingbeil,
Parteivorsitzender SPD**

»Israel ist ein einzigartig schönes Land, das Hoffnungsort und Garant für Freiheit und Selbstbestimmung so vieler Menschen ist. Die außergewöhnliche Offenheit und Herzlichkeit, die ich auf meinen Besuchen immer wieder erfahren durfte, bedeuten mir viel und erinnern mich an die Verantwortung, die besondere Beziehung unserer Länder zu pflegen und uns gemeinsam für eine friedliche Zukunft einzusetzen.«



**Ricarda Lang,
Parteivorsitzende Grüne**

»Nach mehr als 2000 Jahren der Vertreibung, der Verfolgung und dem erzwungenen Leben in der Diaspora ist Israel für Jüdinnen und Juden nun seit über 75 Jahren ein Ort der Zuflucht vor antisemitischer Gewalt. Israel ist für Jüdinnen und Juden allerdings mehr als ein Schutzraum, es ist ein Ort der Heimat, geprägt von jüdischer Selbstbestimmung und Wehrhaftigkeit und leider immer noch die einzige Demokratie in der Region.«



**Saskia Esken,
Parteivorsitzende der SPD**

»Die Gründung des Staates Israel vor 75 Jahren gleicht noch heute einem Wunder, an dessen Bestand viele zweifelten. Das größte Wunder ist die tiefe und unverbrüchliche Freundschaft, die Israel und Deutschland verbindet. Israel ist ein Hoffnungsort, der vielen Heimat bietet und dabei wie kein anderes Land von seinen Gegensätzen lebt. Israel ist Gay Parade und Orthodoxie, Tel Aviv und Jerusalem, Innovation und Tradition, Demokratie und Konflikt, Orient und Okzident. Mazel tov Israel!«



Vier Protagonisten, ein Festakt, v. l. n. r.: DIG-Vizepräsidentin Anna Staroselski, Aras Nathan Keul, Mitglied des DIG-Präsidiums, DIG-Präsident Volker Beck, Ron Prosor, Botschafter des Staates Israel

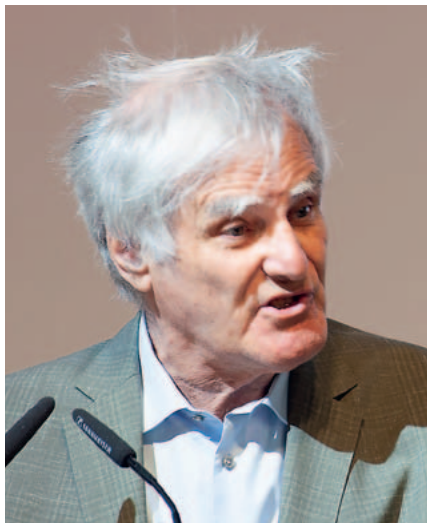
75 Jahre Israel – Festakt in Berlin

Vor 75 Jahren erfüllte sich der Traum vieler Jüdinnen und Juden, von dem sie seit Jahrhunderten träumten – der jüdische Staat Israel wurde am 14. Mai 1948 ausgerufen. In nur 75 Jahren entwickelte sich Israel zur Start Up Nation und dem Innovations-Vorreiter im Bereich Umwelt- und Klimaschutz. Viele Gründe, Israel zu zelebrieren.

Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Berlin und Brandenburg organisierte das Bundespräsidium der Deutsch-Israelischen-Gesellschaft einen Festakt anlässlich des 75. Unabhängigkeitstages des Staates Israel.

DIG-Präsident Volker Beck begrüßt knapp 150 Gäste aus Politik, Diplomatie und Ehrenamt und verwies auf die zahlreichen Errungenschaften Israels in den vergangenen 75 Jahren und stellte heraus, dass Israel heute trotz aller Herausforderungen eine moderne und in der Region einzigartige Demokratie ist. Er lobte das in der Bundespolitik unbestrittene Bekenntnis zur Sicherheit Israels als deutscher Staatsräsön und appellierte daran, auch dementsprechend konsequent zu handeln. Volker Beck verwies außerdem auf die zahlreichen anstehenden Veranstaltungen, die bundesweit anlässlich des Festjahres geplant sind.

Anschließend richtete auch der Botschafter des Staates Israel, S.E. Prof. Ron Prosor, ein Grußwort an die Gäste. Die Parallele, die er in Bezug auf Debatten über Israel zog – wie absurd eine Diskussion über das Existenzrecht Deutschlands wäre – war sehr eindrücklich. Durch den Festvortrag des Historikers und Gründungsdirektors des Moses-Mendelssohn-Zentrums für europäisch-jüdische Studien, Prof. Julius H. Schoeps, erhielten die Gäste der Festveranstaltung einen Einblick in die Ursprünge und Entwicklung des Zionismus und erfuhren mehr über die Vision Theodor Herzls, einen jüdischen Staat zu begründen.



Prof. Dr. Julius H. Schoeps,
Historiker

Unter der Moderation des DIG-Präsidiumsmitglieds Aras-Nathan Keul diskutierten der deutsch-israelische Psychologe Ahmad Mansour, die Bestseller Autorin Mirna Funk, Christine Mähler von ConAct und Andrea Frahm vom Helmholtz Center Tel Aviv über die deutsch-israelische Freundschaft, über Stärken, Herausforderungen, die gegenseitige Wahrnehmung und die Zukunft der Beziehungen. Bei der Frage, was das Podium Israel zum Geburtstag wünsche, war wirklich alles

Die iranisch-israelische Band Sistanagila



Christine Mähler,
ConAct

dabei – von Frieden, über Ausbau der diplomatischen Beziehungen in der Region bis hin zu einem Fund von Öl.

Die Veranstaltung wurde von der DIG-Vizepräsidentin Anna Staroselski moderiert.

Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung durch die Auftritte der iranisch-israelischen Band Sistanagila. Sistanagila ist ein Friedensprojekt, das durch die Musik für die Freundschaft zwischen dem iranischen



Ahmad Mansour,
deutsch-israelischer Psychologe

und israelischen Volk wirbt – ein besonders in diesen Zeiten wichtiges Zeichen. Mit seiner Stimme und einer sehr bewegenden Performance der Hatikwa, der israelischen Nationalhymne, beendete Lars Umanski den offiziellen Teil der Veranstaltung.

Besonderer Dank gilt Sarah Laubenstein, die als politische Geschäftsführerin für die Veranstaltungsorganisation verantwortlich war.

[Anna Staroselski und Aras-Nathan Keul](#)





Seef, Barry und Widu in heißer Diskussion

Gedanken zum 75sten Jahrestag Israels

Im Mai 2008 zu Israels 60stem Geburtstag saßen wir zusammen mit den Kibbuzniks Hannah und Seef in ihrem gemütlichen Zimmer (Küche, Esszimmer, Wohnzimmer ein Raum) in ihrem kleinen Häuschen und ließen uns von dem begnadeten Erzähler Seef die Staatsgründung schildern. Wir, das waren Barry und Nellie, ein englisch-amerikanisches Ehepaar mit Söhnchen Daniel, meine Frau Gudi, unser Sohn Eike und ich. Es war eine fröhliche und aufklärerische Runde, wobei der mit Berliner „Schnauze“ redende Seef es genoss, unserem englischen Freund nahezu piesackend beizubringen, welche unrühmliche Rolle die Briten bei der Staatswerdung Israels spielten. Barrys bemerkte, er hätte gelernt, dass die Engländer den Juden das Land geschenkt hätten und wurde von Seefs Reaktion überrascht, dass seine und Hannahs Eltern vielleicht hätten gerettet werden können, wenn die Briten ab 1940 die jüdische Einwanderung nicht massiv eingeschränkt hätten.

Das „Weißbuch“ der britischen Regierung und die daraus erwachsenen Konsequenzen waren Barry unbekannt. Die Wut der Juden Palästinas vermittelte ihm Seef in sarkastischen Schilderungen. Als Seef ihm auch noch sagte, dass er dann im Mai 1948, direkt nach dem Abzug der Engländer und dem Ausrufen des Staates durch Ben Gurion den Kibbuz verteidigen musste, weil eine Gruppe der sogenannten arabischen Befreiungsarmee den Kibbuz und seine zwei Nachbarkibbuzim mit Waffen, die die Briten zurückgelassen hatten, angriff und er dabei in den Rücken geschossen und fast gestorben wäre, stammelte Barry nur noch: „Es tut mir leid.“

Doch Seef nahm dieser Szene die Betroffenheit als er schilderte, wie sehr er schon in Berlin die Engländer geliebt hatte, denn sein Vater hat ihm eine englische Hauslehrerin mit typisch britischem Humor besorgt. Sein wunderbares Englisch hat er

durch sie gelernt, nicht durch die Nazilehrer am Gymnasium in Berlin.

Ja, Seef und Hannah hatten das Werden des Staates miterlebt und gestaltet und waren stolze Pioniere und sehr stolze Kibbuzniks. Und sie hatten auch die Vernichtung des deutschen Judentums erlebt, durchlitten und betrauert. Dieser alten Freunde will ich heute zum 75sten Geburtstag Israels gedenken. Es sind nur zwei von ganz vielen, die wir alle nicht vergessen dürfen. Israel selber muss dieser Menschen heute gedenken – hoffentlich wird es geschehen, denn das Land durchlebt eine politisch-moralische Krise. Das soll jedoch hier nicht das Thema sein.

Am 29.11.1947 saßen Seef und Hannah mit ihren etwa 150 Chaverim des Kibbuz im Hadar Ochel (Speisesaal und Versammlungsraum). Alle standen unter Hochspannung. Das Radio mit Lautsprecheranlage sendete live die Abstimmung zum

Teilungsplan des britischen Mandatsgebiets in der UN-Generalversammlung. Still zählten alle solange mit, bis die Mehrheit klar wurde, als der Sprecher der UN-Generalversammlung rief: „Yugoslavia, abstain...“. Der Rest ging in einem ungeheuren Schrei der Erlösung unter. Das Schreien, Jubeln, Umarmen, Küssen und Toben war wie eine einzige Explosion, so erzählte es Seef uns am Jom haAtzma'ut 2008 am 60sten Geburtstag Israels. Die abschließenden Worte des UN-Sprechers: „The Resolution of the Committee for Palestine was adopted by 33 votes, 13 against, 10 abstentions.“ haben die Kibbuzniks wegen des Freudentumults erst später vernommen.

Fast genau sieben Jahre vor dieser Abstimmung, am 25.11.1940, kamen Seef und Hannah in Eretz Israel an, nach einer unglaublich abenteuerlichen Fluchtgeschichte aus Nazideutschland. Beide hatten im Sommer 1940, als sie 17 und er 18 Jahre alt waren, gerade ihre landwirtschaftliche Ausbildung zum Leben in Palästina in einem Hachschara-Kibbuz nahe Berlin hinter sich gebracht.

Die Flucht: Mit Erlaubnis Eichmanns (ein Handel: Juden gegen Lastwagen) warteten im September 1940 drei alte Donauschiffe im rumänischen Hafen Tulcea auf die etwa 3.600 jüdischen Flüchtlinge aus Wien, Danzig und Prag. Dabei waren Seef und Hannah, damals noch mit Namen Wolfgang und Hannelore. Nach wochenlanger Fahrt erreichten die drei völlig überladenen Schiffe im November die Küste vor Haifa. Die Briten ließen die Flüchtlinge nicht an Land und ordneten an, dass alle nach Mauritius verschifft werden sollten. Diese Fahrt war auf der „Patria“ geplant, einem alten Passagier-



schiff mit der Zulassung für weniger als 1.000 Passagiere. Sie lag im Hafen von Haifa bereit.

Die Hagana wollte diese Zwangsverschickung verhindern, denn damals wurde jeder Einwanderer in Eretz Israel gebraucht. Daher wurde geplant, dass das Schiff im Hafen von Haifa eine Havarie erleiden sollte, um ihm die Seetüchtigkeit zu nehmen. Die mit der Kohleheimlich ins Schiff geschmuggelte Sprengladung war zu groß. Am 25.11.1940 riss eine Explosion ein sechs qm großes Loch in den Rumpf unter der Wasserlinie. Die Patria kippte minutenschnell auf die Seite und lag auf dem Grund des Hafens. Seef und Hannah sprangen ins Wasser, schwammen an Land und wurden festgenommen. 267 jüdische Flüchtlinge, gerade den Nazimördern entkommen, starben. Alle Flüchtlinge wurden in das Detention Camp der Briten in Atlit eingesperrt und nach einem freigelassen. Hannah erinnerte sich an eine „herrliche Zeit“. „Wir waren jung, wir waren in Eretz Israel, wir lernten Hebräisch und bereiteten uns auf die Zeit vor, in der wir auch mit Waffen für einen eigenen Staat kämpfen durften.“

Seef und Hannah blieben zusammen, verliebten sich, heirateten und wurde mit

vielen anderen „Patria“-Opfern Mitglieder des 1936 gegründeten Kibbuz Kfar Ha Maccabi bei Haifa und brachten ihn zur Blüte.

Wie gerne wären sie mit ihren Eltern hier gewesen. Jedoch wurde Hannahs Vater auf der Flucht in Belgien gefasst und in Riga erschossen, ihre Mutter erst in Nordhausen inhaftiert und dann, wie auch Seefs Eltern und jüngerer Bruder in Auschwitz-Birkenau vergast und verbrannt. Seefs Eltern wollten eigentlich früh aus Berlin weg. Sein Vater schickte die Mutter schon 1935 nach Palästina, um sich umzusehen. Sie kam als wohlhabende Ehefrau eines erfolgreichen Geschäftsmannes mit den armseligen Umständen, dem Klima und den arabisch-jüdischen Unruhen nicht zurecht und riet nach der Rückkehr ihrem Mann, in Berlin zu bleiben und abzuwarten. Seef wurde zur Sicherheit in den Hachschara-Kibbuz geschickt.

Das war das fast typische jüdische Schicksal in der grausamen Nazizeit. Seef, der Berlin liebte und Hannah als Tochter der einzigen Juden in Bad Lauterberg hatten nur noch sich selber und den Kibbuz, in dem sie bis zu Lebensende blieben. Seef starb mit knapp 90 Jahren, Hannah wurde 93 Jahre alt.

Durch solche Menschen ist der Staat entstanden, ist aufgeblüht und selbstbewusst geworden, kann sich verteidigen und weiterleben.

Ihrer sollen wir gedenken, wenn wir jetzt im Jahr 2023 Israels 75sten Jahrestag feiern!



Dr. Widu Wittekindt,
stellv. Vorsitzender
der DIG Bremen/Unterweser

Ein Bollwerk schaffen

75 Jahre Israel sind ein Triumph



Ulf Oliver Poschardt

Ich bin in Nürnberg geboren. Bei meinem bislang letzten Besuch in Nürnberg fiel mein Blick zum ersten Mal auf das bescheidene Denkmal für die Hauptsynagoge. Das imposante Gebetshaus, 1874 eröffnet, war ein stolzes Symbol jüdischen Selbstbewusstseins im Zentrum der Nürnberger Altstadt. Fotografien aus dieser Zeit zeigen die Dächer der Synagoge, wie sie sich eingebunden, aber doch sehr sichtbar zwischen den Giebeln und Spitzdächern der Umgebung einfügen. In der Stadt der NSDAP-Reichsparteitage wurde die Synagoge am 10. August 1938 zusammen mit dem Gemeindehaus auf Anweisung von Julius Streicher, dem fanatischen Antisemiten und Chefhetzer der Nazis, abgebrochen. Nach dem Krieg wurde darauf verzichtet, die Synagoge wieder aufzubauen, obwohl das Grundstück dafür frei war.

Heute ist es nur ein kleiner Fleck, der daran erinnert. Das ist falsch. Das sollte geändert werden. Die Synagoge muss in der Stadt der „Nürnberger Gesetze“ wiederaufgebaut werden, dem Nazi-Machwerk, das die jüdischen Bürger zu Menschen min-

deren Rechts abstempelte. Im Gegensatz zu den mit vollen Rechten versehenen „Reichsbürgern“ konnten Juden fortan nur noch „Staatsangehörige“ des Deutschen Reichs ohne politische Rechte sein, womit die schrittweise Entrechtung der Juden unter den Nazis in Gesetzesform gegossen wurde. Nach der Bezwingung der NS-Herrschaft wurde dieses Machwerk demonstrativ im „Kontrollratsgesetz Nr. 1 betreffend die Aufhebung von NS-Recht“ am 20. September 1945 von den siegreichen Alliierten aufgehoben.

Bis heute ist das deutsche Verhältnis zu Israel geprägt von der Shoa und den beispiellosen Verbrechen dieses Landes gegen seine jüdischen Bürger und Juden in ganz Europa. Eine Vergangenheit, die auch nicht vergehen wird. Oder, wie der damalige israelische Botschafter Yakov Hadas-Handelsman in der WELT geschrieben hat: „Natürlich kann es einen solchen Schlussstrich niemals geben. Erinnerung und Verantwortung sind keine Strafe, sondern ein Auftrag.“ In den vergangenen Jahrzehnten hat sich jedoch eine Gedenkstätten- und Stelenkultur entwickelt, die wichtig ist, keine Frage, aber gleichzeitig den Zauber und die Kraft und die Energie des jüdischen Lebens in Deutschland vor den Nazi-Barbaren vollkommen unvorstellbar werden lässt.

75 Jahre Israel sind ein Triumph. Die Staatsgründer Israels, damals gerne auch als träumerische Idealisten verspottet, hatten Recht mit ihrer Zuversicht, sich in feindlicher Umgebung behaupten zu können. Mit ihrer Wehrhaftigkeit hat Israel seinen Platz in der Region verteidigt. Mehr noch, das Land, das trotz aller israelischen Friedensbemühungen bis heute noch von Feinden umgeben ist, hat eine existenzielle Mündigkeit entwickelt. Nirgendwo sonst ist Politik so wenig luxuriöse Distinktion und so sehr radikale Realpolitik wie hier, die israelische Armee ist eine Mündigkeitsgarantie. Dass sich

die Beziehungen zu einigen arabischen Staaten verbessern, ist ein wichtiges Hoffnungszeichen, aber die Gefährdung des jüdischen Staates bleibt real. Real bleibt leider auch die Gefährdung der jüdischen Bürger in Deutschland angesichts immer neuer Antisemitismus-Wellen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bei einem Staatsbesuch das Eintreten für die sichere Existenz Israels zur deutschen Staatsräson erklärt, was ebenso richtig und wichtig war und ist wie die Bemerkung des Bundespräsidenten Joachim Gauck, dass die Existenz Israels für die deutsche Politik „bestimmend“ sei. All dies geschieht vor den dunklen Schatten der Shoa und der absolut richtigen historischen Verantwortung, die daraus erwächst. Oder, wie der aktuelle israelische Botschafter Ron Prossor einmal über die deutsch-israelische Zukunft schrieb, die vor allem dann erfolgreich sei, „wenn wir die Begegnungen zwischen jungen Menschen aus beiden Ländern unentwegt fördern und dabei nach vorne schauen, ohne die Vergangenheit zu vergessen.“

Die jüdische Kultur aber lebt. Sie erschöpft sich nicht im Gedanken, sondern braucht Ort und Stätten, an denen sie sich sammeln kann. Idealerweise Orte, die international Strahlkraft entwickeln und aus der Barbarei der Shoa Orte der Zukunft zu machen. Der Ukraine-Krieg hat gezeigt, dass jüdische Kinder und Familien wieder mit Gewalt und Brutalität heimgesucht werden und dass sie eine sichere Zuflucht benötigen. Stelen und Gedenktafeln sind wunderbar, aber ein neben der Synagoge aufgebautes Gemeindehaus könnte die bedrohten und bedrängten Jüdinnen und Juden aufnehmen.

Die Synagoge im Herzen Nürnberg zitierte christliche Kirchenarchitektur und spielte mit orientalisierender Dekoration. Das Selbstbewusstsein des liberalen, bürgerlichen Judentums war nicht nur in der Größe angelegt, sondern besonders auch



Synagoge am Hans-Sachs-Platz, Fotografie (1891)

in der Lage. Sie wurde zu einem Magnet des Nürnberg-Tourismus.

Eine halbe Stunde westlich von Nürnberg lebt die jüdische Kultur noch. Und um es (hoffentlich nicht unpassend) in den Worten Martin Heideggers zu sagen: Im Haus des Seins. In der Sprache. In Schopfloch lebt eine hebräisch-fränkische Sprache weiter, die es so nur dort gegeben hat.

„Rojnt! Der Schoufet hockt im Juschbess un schasgenet sein Schäecher“ konnte man da noch in den späten goer Jahren hören. Warum? Weil der Viehhandel dort über Jahrhunderte jüdisch geprägt war und in Schopfloch die Verbindung besonders eng waren. Der ehemalige Bürgermeister von Schopfloch, Hans-Rainer Hoffmann, forscht dazu: „Die lachoudische Sprache ist eigentlich zu achtzig

Prozent Hebräisch, zu fünfzehn Prozent Jidisch und die restlichen fünf Prozent so Kauderwelsch“. Lachoudisch war die Geheimsprache der Viehhändler, um sich untereinander in Verhandlungen mit den christlichen Käufern auszutauschen – und noch immer erfüllt sie den Zweck, frei zu sprechen, ohne von anderen verstanden werden zu können. 1925 war ein Drittel der damals 1500 Einwohner Juden. Ihre christlichen Nachbarn und ihre Schmuser, die Vermittler, die am Samstag für die jüdischen Viehhändler arbeiteten, während die am Schabbes nicht arbeiten durften. Der Name „Lachoudisch“ lässt sich vom Jiddischen Loschn (Sprache) und von der Verballhornung des hebräischen haKodesch (heilig) ableiten.

Die Sprache, Ausdruck einer jahrhundertelangen Tradition, lebt in Schopfloch weiter. In der wiederaufgebauten Synagoge im Herzen Nürnbergs könnte auch diese unglaubliche Geschichte einer eigenen Sprache, einer Mischung aus Hebräisch, Jiddisch und Fränkisch, einen Ort der Pflege finden. Die Schopflocher tun das auch – und haben einen Stammtisch auf Lachoudisch eingerichtet.

Auch angesichts des grassierenden Antisemitismus, der gerne auch als Anti-Zionismus und Israel-Hass gepflegt wird, etwa in Gestalt der BDS-Bewegung, müssen dem jüdischen Leben Freiräume geschaffen (und verteidigt) werden. Orte aufgebaut werden, Räume der Gemeinschaft. Als Franke, der sich mit der deutsch-jüdischen Geschichte der Region auseinandergesetzt hat, von Henry Kissingers fränkischen Akzent über Lachoudisch bis zur Nürnberg-Liebe von Billy Joel: Aus der Gedenkkultur sollte eine Revitalisierung des jüdischen Lebens werden, die so auch ein Bollwerk wäre gegen den Antisemitismus, der immer neue Gestalt annimmt, dessen mörderischer Kern aber immer auf eines zielt, der Auslöschung jüdischen Lebens. In Israel und außerhalb.

Ulf Oliver Poschardt

Ulf Oliver Poschardt (geb. 25. März 1967 in Nürnberg) ist ein deutscher Journalist und Autor. Seit 2016 ist er Chefredakteur von WeltN24.

Buxtehude

Buxtehuder Jugendleiterinnen und Jugendleiter in Israel

Der Austausch mit Israel führte 10 ehrenamtliche Jugendleiterinnen und Jugendleiter aus Buxtehude für eine Woche ins gelobte Land. Die Teilnehmenden der Delegation reisten jüngst in die Küstenstadt Netanya zu einem einwöchigen Austauschprogramm mit Hauptamtlichen der dortigen Jugendarbeit. Im Fokus des Austausches stand die Jugendarbeit der israelischen Partnerorganisation Matnasgan Community Center East Netanya mit ihren verschiedenen Angeboten und Einrichtungen. Eindruck hinterließ der Besuch in dem Bildungszentrum „The Roof“ (HaGag), das junge Erwachsene bei der beruflichen Orientierung nach dem Wehrdienst unterstützt und hierfür z.B. umfangreiches 3D-Druckerequipment einschließlich Beratung vorhält.

Bei Community Center-Besuchen in Akko (arabisch-jüdische Kommune), in Schlomi (direkt an der libanesischen Grenze gelegen) und in der Altstadt von Jerusalem (ultra-orthodoxe Gemeinde mitten im touristischen Zentrum der Stadt) zeigten sich die regional unterschiedlichen Herausforderungen in der Jugend- und

Sozialarbeit. Beeinflussende Faktoren für die Jugendarbeit in Israel sind einerseits die zwei bis dreijährige Wehrpflichtzeit, wodurch 18 bis 21-jährige Israelis keine Zielgruppe darstellen, und andererseits das hohe Bevölkerungswachstum (starke Einwanderung und hohe Geburtenrate), wodurch die Strukturen der Jugendarbeit stetig aufwachsen müssen.

Das Besuchsprogramm beinhaltete landeskundliche Highlights wie die Jerusalemer Altstadt, das Tote Meer, Tel Aviv und die Altstadt von Akko. Ein Schwerpunkt des Austauschprogramms bildet die gemeinsame Aufarbeitung des Holocaust. Hierzu stand ein Besuch im Massuah Museum mit seiner bemerkenswerten Ausstellung zur Hassindustrie (Rassismus und Antisemitismus im 21. Jahrhundert) auf dem Programm. Bei einem anschließenden Workshop wurde gemeinsam diskutiert, welche Elemente der Ausstellung für das geplante Jugendaustauschprogramm im Sommer 2023 genutzt werden sollen.

Insgesamt diente das Besuchsprogramm in Netanya dazu, den gemeinsamen Jugendaustausch zu reflektieren und neue inhaltliche und pädagogische Ansätze zu entwickeln. Aber natürlich entstanden dabei starke Bande zwischen den Teilnehmenden der Delegationen und so freuten sich alle auf den Gegenbesuch, der im März 2023 in Buxtehude stattfand.

Den Israel-Austausch nach Netanya, einer rd. 200.000 Einwohner zählenden Großstadt an der Mittelmeerküste, organisiert der Stadtjugendring Buxtehude e.V. (SJR) bereits seit sieben Jahren, in diesem Jahr erstmals in Kooperation mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. (DIG) Arbeitsgemeinschaft Buxtehude sowie dem Gymnasium Buxtehude Süd. Der Austausch wird von dem Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaus-



Deutsche Delegation in Netanya

tausch (ConAct) sowie den kommunalen Jugendämtern gefördert. Für kommenden Jahr ist – neben dem Gegenbesuch im März – ein 14-tägiges Programm für Jugendliche geplant, die gemeinsam eine Woche in Israel und eine Woche in Deutschland verbringen.



Deutsche Delegation in der Altstadt von Jerusalem

Stadtjugendring Buxtehude e.V.
www.sjr-buxtehude.de
 Facebook sjr.buxtehude
 Instagram stadtjugendring_buxtehude

Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.
 Arbeitsgemeinschaft Buxtehude
www.deutsch-israelische-gesellschaft.de
 Facebook digbuxtehude
 Instagram dig_buxtehude

Gymnasium Buxtehude Süd
www.gym-bux-sued.de

Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch (ConAct)
www.conact-org.de

www.matnasgan.org.il

JuFo Köln trifft sich auf dem Weihnachtsmarkt

Nes gadol haya sham

Das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Köln war kürzlich auf dem Kölner Weihnachtsmarkt „Nikolausdorf“ auf dem Rudolfplatz. Bei guter Stimmung verkosteten die Mitglieder gemeinsam Glühwein und Latkes und genossen die festliche Atmosphäre.

Der Besuch auf dem Weihnachtsmarkt bot den Mitgliedern des Jungen Forums eine lockere und angenehme Austauschmöglichkeit, um sich besser kennenzulernen und auf das Gründungsjahr des Jungen Forums zurückzublicken. Im Januar 2022 wurde das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Köln gegründet und seitdem sind die Mitglieder aktiv daran beteiligt, die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel zu stärken.

Auch hebräische Sprichwörter zu Weihnachten wurden im Rahmen des Besuchs auf dem Kölner Weihnachtsmarkt diskutiert. Ein bekanntes Sprichwort lautet: „Nes gadol haya sham“, was übersetzt „Ein großes Wunder ereignete sich dort“ bedeutet und auf die Bedeutung von Chanukka hinweist. Chanukka und Weihnachten haben viele Gemeinsamkeiten, denn beide Feste stehen für Hoffnung, Licht und Frieden.

Die Mitglieder des Jungen Forums genossen nicht nur die Weihnachtsatmosphäre auf dem Kölner Weihnachtsmarkt, sondern auch die Möglichkeit, sich untereinander besser kennenzulernen und Erfahrungen auszutauschen. Der Besuch war ein weiterer Schritt in Richtung einer engen Zusammenarbeit und einer erfolgreichen Zukunft.



Lena, Leonard, David, Angelika und Bernd auf dem Weihnachtsmarkt „Nikolausdorf“ in Köln

Es war schön zu sehen, wie das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Köln auf dem Weihnachtsmarkt zusammengekommen ist und die Freude an der Weihnachtszeit und der Kultur geteilt hat. Man kann mit Spannung auf das kommende Jahr blicken und darauf, was das Junge Forum der Deutsch-Israelischen

Gesellschaft Köln als nächstes plant. Mit Sicherheit wird es weitere Gelegenheiten geben, um die Verbindung zwischen Deutschland und Israel zu stärken und zu feiern.

Fridolin Morhart
JuFo Köln

Geschlossen an der Seite der Proteste in Iran – und an der Seite Israels

Parteijugenden unterzeichnen auf Initiative des JuFo ein gemeinsames Forderungspapier

„Das mittel- und langfristige Ziel deutscher und europäischer Außenpolitik muss der Sturz des Terror-Regimes in Teheran sein.“ Dieser Satz hätte schon vor Jahren in einer Positionierung des Jungen Forums der DIG stehen können. Dass sich hinter dieser Forderung alle Parteijugenden der Ampelkoalition sowie der Union vereinen können, ist neu. Ein Kommentar über eine Initiative des JuFo, die einen nachhaltigen Effekt haben könnte.

Am 16. März waren es sechs Monate, seitdem Jina Mahsa Amini von Schergen des iranischen Regimes brutal umgebracht wurde, weil sie ihr Kopftuch nicht „richtig“ trug. Seitdem gehen die Menschen in Iran auf die Straße und kämpfen für Freiheit, Frauen- und Menschenrechte. Ein halbes Jahr Revolution im Land haben wir uns im Jungen Forum zum Anlass für eine bisher noch nicht dagewesene Initiative genommen: Eine gemeinsame Erklärung mit den Parteijugenden von CDU, FDP, Grünen und SPD. Kontakt gibt es zwischen Jungen Forum und den Jugendorganisationen auch auf Bundesebene schon seit vielen Jahren. Das Junge Forum hat jetzt gezeigt, wie die Zusammenarbeit mit den Parteijugenden zu konkreten Ergebnissen führen kann.

Seit Jahren fordern zivilgesellschaftliche Organisationen und Expertinnen und Experten härtere Sanktionen gegen das Regime in Teheran. Lange hat man nicht

auf sie gehört. Beim Blick auf die mickrigen Sanktionen der Bundesregierung und der EU muss man leider feststellen, dass sich daran trotz mittlerweile sechs Monaten Revolution im Land nur wenig geändert hat. Dass die Revolutionsgarden noch immer nicht auf der EU-Terrorliste stehen und das Islamische Zentrum Hamburg nach wie vor seine antisemitische Propaganda verbreiten darf, ist ein Schlag ins Gesicht der mutigen Menschen in Iran. Man kann sich für diese Politik eigentlich nur schämen – auch im Hinblick auf die Bedrohung, die vom Mullah-Regime für die exil-iranische Gemeinschaft, Kurdinnen und Kurden und nicht zuletzt Jüdinnen und Juden in Deutschland, ausgeht.

In dem Papier fordern die politischen Jugendorganisationen eine Neuausrichtung deutscher und europäischer Iranpolitik auch vor dem Hintergrund des iranischen Atomprogramms sowie iranischer Unterstützung von Russlands Angriffskrieg. Sie bekennen sich klar zur deutschen Staatsräson, der Sicherheit Israels. Es bleibt aber nicht beim bloßen Bekenntnis. Die Staatsräson verpflichtet. Wir sind uns mit den Parteijugenden einig: Deutschland macht sich unglaublich, wenn die Sicherheit Israels erklärtes Ziel der Staatsräson ist und man nichts gegen ein iranisches Regime tut, das so kurz vor der Entwicklung der Atombombe steht wie nie zuvor. Des-

wegen fordern die Unterzeichnenden unter anderem den Snapback-Mechanismus im JCPOA zu aktivieren und zu ursprünglichen Sanktionen gegen das Regime zurückzukehren.

Die Parteijugenden machen vor, was die Bundesregierung nicht schafft und benennen das Offensichtliche. Das gemeinsame Statement wird zukünftig gemeinsamer Referenzpunkt in der Iran-Politik sein. Es gibt uns als DIG einerseits die Möglichkeit die Parteien mit den Positionen ihrer eigenen Parteijugenden zu konfrontieren. Andererseits zeigt es, dass das Junge Forum der DIG als überparteiliche Organisation in der Lage ist, verschiedene politische Akteure zu Themen an einen Tisch zu bekommen, bei denen Parteipolitik keine Rolle spielen sollte. Man kann nur hoffen, dass die Jugend bald an die wichtigen Schalthebel gelassen wird – der deutschen und europäischen Iranpolitik täte es allemal gut.

Das gesamte Papier können Sie auf der DIG-Website beim Jungen Forum und unter diesem QR-Code aufrufen:



Constantin Ganß
Bundesvorsitzender JuFo DIG

Interne Bildung im Jungen Forum

Zionistischer Lesekreis

Anlässlich des 75-jährigen Bestehens Israels haben wir einen Online-Lesekreis ins Leben gerufen, der sich mit dem Grundgedanken jüdischer Staatssouveränität, dem Zionismus, beschäftigt. Wir haben Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit und ohne philosophischen Hintergrund aus allen Ecken der Bundesrepublik, hauptsächlich Mitglieder des Jungen Forums, aber auch andere Interessierte.

Welche Relevanz haben die zionistischen Klassiker des vorletzten und letzten Jahrhunderts überhaupt für uns, jetzt wo Israel doch gegründet ist?

Auch wenn Herzl natürlich nicht die Antisemitismustheorie der kritischen Theorie oder aktuellen Forschung vorwegnimmt, die Struktur des Antisemitismus also nicht erkennt, beschreibt er doch Phänomene, die wir auch heute noch wiedererkennen. Einige seiner Beispiele und Entwürfe zeigen teils erschreckende, teils beeindruckende Ähnlichkeit mit historisch späteren Ereignissen.

Aber auch die Fehler sind wichtig, um heute Missverständnissen vorzubeugen. Werden Juden verfolgt, weil sie ökonomische Konkurrenz darstellen (Herzl)? Nein, aber wie konnten Psychoanalyse und die Kritik der politischen Ökonomie eine plausible Kritik darstellen? All diese Fragen und Gedanken fließen in der Auseinandersetzung mit Herzl und zukünftigen Theoretikern ein.

Es soll nicht beim Medium „Lesekreis“ bleiben, wir sind dabei Bildungsmaterial social media-gerecht als auch für den Druck aufzubereiten und innerhalb der 75-Jahre Israel-Kampagne des Jungen Forums zu veröffentlichen.



Erster Zionistenkongress in Basel

Zukünftig sollen auch die Texte von Moses Hess, Nachman Syrkin oder Ber Borochow gelesen werden. Dabei stellen wir die Unterschiede heraus oder kritisieren auch die zum Beispiel bei Herzl, seine historisch schlecht gealterten Ideen oder unzureichende Antisemitismusanalysen.

So hat doch die Erfahrung der letzten Jahre, erzwungenermaßen online zu arbeiten,

den Weg für diese überregionale Vernetzung geebnet, die wir nicht mehr missen möchten.

Wir laden junge Interessierte jederzeit herzlich ein, am Lesekreis teilzunehmen! Um die Zugangsdaten oder weitere Informationen zu erhalten, schreibt gern Lena eine Mail: lena.schroeder@digev.de.

Felix Hillenkamp und Lena Schröder



v. l.: Olaf Lindner (Polizeipräsident), Ruben Friedmann (Vorstand DIG BB), Oberst Olga Polyakov (Militärattaché Israelische Botschaft), Maya Zehden (stellv. Vorsitzende DIG BB), Jochen Feilcke (Vorsitzender DIG BB)

DIG Berlin/Brandenburg e.V.

„Sicherheitszusammenarbeit: Von Israel lernen – heißt sich schützen lernen ...“

Das jedenfalls war die Erkenntnis eines gut besuchten Diskussionsabends der DIG Berlin-Brandenburg zur Sicherheitszusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel. Die Veranstaltung fand im November 2022 in der Julius-Leber-Kaserne statt. Die Kooperation zwischen beiden Ländern ist inzwischen so intensiv, „dass ich die Ebenen gar nicht alle aufzählen kann“. So einer der wichtigsten deutschen Polizisten, Olaf Lindner, Präsident der Bundespolizei-Direktion 11. Sein Verantwortungsbereich umfasst vor allem die Terrorbekämpfung, und mit ihr begannen die Kontakte auch. Nach dem Olympia-Anschlag von München im Jahr 1972, der, so Lindner, „ein Versagen der deutschen Sicherheitsbehörden“ war, wurde die Spezialtruppe „GSG 9“ gegründet. Und zwar mit „umfassender und wegweisender Unterstützung“ einer israelischen Spezialeinheit. Lindner: „Dafür sind wir bis heute dankbar“.

Seither ist daraus ein ganzes Netzwerk des Austausches geworden, nicht nur in der Terrorbekämpfung. Auch die Hubschrauberstaffeln, die Sky-Marshalls und andere Polizeibereiche kooperieren miteinander. Es gibt regelmäßig gemeinsame Übungen, Strategie-Diskussionen und Workshops. Das strahlt auch nach innen aus. Viele der beteiligten Beamten hätten hinterher ein besseres, positives Israel-Bild und vermittelten dieses ihren Kameradinnen und Kameraden, schilderte Lindner.

In der Fragerunde, die Maya Zehden, stellvertretende Vorsitzende der DIG BB moderierte, hielt der Polizeipräsident mit seiner Kritik an den deutschen Sicherheitsstrukturen nicht hinter dem Berg. „Wie lange dauert etwas bei uns“, fragte er unter anderem mit Blick auf die nunmehr seit über zehn Jahren währenden Debatten um eine Cyber-Sicherheitsstrategie. Von Israel könne und müsse die deutsche Seite die Schnelligkeit und Flexibilität in der Reaktion auf Gefahrenquellen lernen, sagte Lindner. Die deutschen Behörden

seien oft zu statisch, die Zuständigkeiten viel zu zersplittert. Lindner verlangte eine „Bündelung von Fähigkeiten“ und einen „Turnaround wie nach 1972“.

Im militärischen Bereich ist die Zusammenarbeit ebenfalls intensiv und freundschaftlich, berichtete Oberst Dr. Olga Polyakov, Verteidigungsattaché der Botschaft des Staates Israel für Deutschland, Österreich und Rumänien. Sie ist eigentlich Ärztin und eine der wenigen Frauen in der Welt, die einen solchen Posten innehaben.

Schon vor der Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen im Jahr 1965 habe Deutschland ihr Land beim Aufbau der Armee aktiv unterstützt. Später seien deutsche U-Boote und Schiffe für die Marine geliefert worden. Umgekehrt profitierte die Bundeswehr von den teilweise einzigartigen technologischen Fähigkeiten Israels. Das begann laut Polyakov in den 1970er Jahren mit der Lieferung elektronischer Systeme für die „Tornado“-Kampflugzeuge, in neuerer Zeit waren es Drohnen und Anti-Raketensysteme. Es gebe auch zwischen den Militärs viele Gespräche und Freundschaftstreffen – und einige symbolische Aktionen. Fast schon legendär sind die gemeinsamen Flüge deutscher und israelischer Militärjets über Dachau und über der Knesset in den Jahren 2020 und 2021. Und es soll so weiter gehen. „Wir können Deutschland bei der Erneuerung und Stärkung der Bundeswehr helfen“, sagte Polyakov



Vollbesetztes Kasino der Julius-Leber-Kaserne

mit Blick auf die von Kanzler Olaf Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ in der Sicherheitspolitik. Wichtig sei jetzt ein „permanent“ strategischer Dialog zwi-

schen Berlin und Jerusalem, der über die Militärs hinaus auch die politische Ebene einschließe.

Werner Kolhoff

DIG-Vizepräsident Dr. Marcus Faber, Mitglied des Verteidigungsausschusses, spricht in Münster

Im Dezember 2022 kam der freidemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Marcus Faber nach Münster. Der Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft hielt in der Jüdischen Gemeinde einen Vortrag über die Grundlagen deutscher Sicherheitspolitik. Zum interessierten Publikum zählten Angehörige der Jüdischen Gemeinde, Mitglieder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, einige Freidemokraten und die Polizeipräsidentin von Münster, Alexandra Dorn-dorf.

Das Thema ist komplex: Deutschland ist seit 1955 in der NATO verankert, geriet aber in den letzten Jahren in eine gewisse Abhängigkeit von russischer Energie. Die Sicherheit Israels gilt als deutsche Staatsräson, zugleich macht der Rechtsruck in Israel nach der letzten Parlamentswahl Sorgen. Dazu kommt noch der Ukraine-

Krieg. Zu allen Bereichen wusste der Referent, der im Bundestag Mitglied des Verteidigungsausschusses ist, erhellende Informationen zu geben.

Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen waren der Hauptpunkt in der Diskussion mit dem Referenten. Eine Folge war das zügige Zusammenrücken der NATO-Staaten nach Kriegsbeginn. Dieser Gewaltakt berührt auch die Jüdische Gemeinde, die sich um Flüchtlinge aus dem bedrohten Land kümmern muss.

Nach dem Vortrag trafen sich Mitglieder des Münsteraner DIG-Vorstands zu einem Umtrunk mit dem Gast. Bei der Gelegenheit wurde auch der kühnen Behauptung Dr. Fabers widersprochen, die Altmark sei der schönste Wahlkreis in Deutschland: nicht nur ein Blick auf die Wahlergebnisse der AfD in Münster zeigt, dass das so nicht



Dr. Marcus Faber aus der Altmark in der Jüdischen Gemeinde Münster

stimmt. Aber in Münster ist man nicht kleinlich oder gar nachtragend!

Norbert Korfmacher

Die DIG München mit Jungem Forum und dem Jüdischen Nationalfonds, der Israelitischen Kultusgemeinde und dem Verband Jüdischer Studenten in Bayern luden zur Tu-Bischwat-Feier ins Bellevue de Monaco.

P assend zum Neujahrsfest der Bäume konnten Kinder zusammen mit ihren Eltern zwar keine Bäume, aber Frühlingsblumen in Töpfchen pflanzen und mit nach Hause nehmen. Bei israelischer Musik, Cocktails, koscheren Speisen und angeregter Unterhaltung verging der Nachmittag im Nu.



Mit dabei:
IKG-Präsidentin
Dr. Charlotte Knobloch
hier mit einer Broschüre der DIG.

AG Westmünsterland

Comics – Komisch muss man können



Der Zeichner mit den Zeichenschülern

Karikaturen machen Politik, siehe Charly Hebdo. Graphic Novels gestalten Film, etwa „Wo ist Anne Frank?“ Da lag es auf – nein, in! – der Hand, dass die DIG Westmünsterland das Thema Zeichnen aufgriff und mit dem Comiczeichner Kim Schmidt einen Workshop veranstaltete. Die Volkshochschule Bocholt-Rhede-Isselburg war dabei und so wurden nicht nur DIG-Mitglieder eingeführt in die Technik des Comiczeichnens. Kim Schmidt lebt ganz im Norden, in Güllerup, Schleswig-Holstein. Zeichnen aber versteht er als globale Sprache, durchaus



Der Zeichner ist gezeichnet

auch als Instrument der politischen Bildung. Und dies vermittelte er in dem eintägigen Kurs in Bocholt, den er als Beitrag zum 75. Geburtstag Israels anbot. Wir, die DIG und die deutsch-israelischen Beziehungen als Comic: eine originelle Idee aus dem Norden. Kim kommt Comic lehren ohne geographische Einschränkung: auch Bayern hat er schon zu Papier gebracht! Schließlich lautet sein Motto: Eine Comicwelt für alle – Comiczeichnen für den Frieden.

Red.

Israel-Feindlichkeit der Vereinten Nationen

Wir haben eine Stimme auf der Bühne der Welt

Es war ein ernstes Thema, die Israel-Feindlichkeit der Vereinten Nationen, zu dem der Botschafter des Staates Israel, Ron Prosor, just am 29. November, dem 75. Jahrestag der Verabschiedung des Palästina-Teilungsplans in der Vollversammlung der Vereinten Nationen, auf Einladung der DIG Berlin und Brandenburg e.V. (DIG BB) sprach. Es war der „Zeugungstag“ des Staates Israel, wie der Vorsitzende Jochen Feilcke in seiner Begrüßung sagte. Doch das blieb das einzige Mal, dass Israel über einen UN-Beschluss jubeln konnte. Seither gab es bei den Vereinten Nationen nur noch ein „Hass- und Bashing-Festival gegen Israel“, wie Ron Prosor es Ende 2014 in einer aufsehenerregenden und wütenden Rede in der Generalversammlung genannt hatte. Er war damals dort Botschafter.

Jetzt listete der inzwischen 64 Jahre alte Diplomat auf: Im Jahr 2021 gab es 14 gegen Israel gerichtete Resolutionen, aber nur fünf, die andere Staaten verurteilten. Und zwar Syrien, Iran und Nordkorea.

Ähnlich im Jahr 2022: 16 israelfeindliche Beschlüsse, nur sieben gegen andere Staaten, darunter der Ukraine-Aggressor Russland. Und so weiter. Es gibt eine Hilfsorganisation für alle Flüchtlinge der Welt, das UNHCR – und eine weitere nur für palästinensische Flüchtlinge, die UNRWA, über die viel Geld bei der Hamas landet. „Es ist mir völlig unverständlich, dass die USA und Europa das weitermachen“.

Das Problem bei den Vereinten Nationen seien nicht die „bösen“ Staaten und die Feinde Israels, sagte Prosor. Das Problem seien die Gedankenlosen („light minded“). Vor allem die Europäer. Auch hier knüpfte Prosor an seine damalige Rede an und wiederholte: „J'accuse“. Ich klage an.

Immerhin, bei der Ampel-Regierung sieht der Vertreter Israels in Berlin jetzt Veränderungen, zumindest was die Haltung zum Iran angeht. „Angesichts der aktuellen Ereignisse versteht man jetzt offenbar, dass alle Versuche, das Regime irgendwie zu erklären, nichts taugen“. Die Sanktionspolitik gegen Teheran sei „hervorragend“.

Nun müsse man sich auch noch von der Idee verabschieden, mit den Mullahs ein Atomabkommen zu verhandeln.

Unter den Zuhörern waren neben vielen DIG-Mitgliedern auch die Vorstandsmitglieder der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Gideon Joffe und Sara Nachama, sowie einige Überlebende der Shoa. Sie erlebten einen in zumeist perfektem Deutsch gehaltenen Vortrag voller Ironie, beißendem Sarkasmus – und Witz. Erkennbar daran, dass selbst die hartgesottenen Personenschützer des LKA, die bei Reden ihrer Schutzpersonen praktisch nie schmunzeln, sich dem Humor von Israels neuem Botschafter in Berlin, Ron Prosor, nicht entziehen konnten, wie man ihren Mienen ansah. Die fast 100 Zuhörer im Großen Saal des Jüdischen Gemeindehauses ohnehin nicht.

Denn nur mit Humor kann man die Anfeindungen ertragen, sagte Prosor. Und sie manchmal auch kontern. Als einmal vor einem UN-Gremium eine Kommission zur Lage in Gaza berichtete und feststellte, man habe nicht herausfinden können, wozu die Tunnels da seien, habe er die Rednerin, eine Schwedin, unterbrochen: „Wahrscheinlich bauen sie dort eine U-Bahn. Ich war mal Botschafter in London. Deshalb kann ich nur raten: Mind the gap“. Sein Witz, so hätten ihm Kollegen bestätigt, habe die Wirkung des Vortrages regelrecht ausgehebelt.

Man könne auch als Vertreter Israels etwas bewegen bei den Vereinten Nationen, so Prosor. Durch enge persönliche Kontakte und indem man gegenüber kleinen



Prof. Ron Prosor, Autor, Kolumnist und seit 2022 Botschafter Israels in Deutschland

Staaten Respekt zeige. „Das ist unheimlich wichtig“. Immerhin sei es Israel im Lauf der Jahre mehrfach gelungen, eigene Resolutionen zu initiieren und durchzubekommen. Nämlich zu Themen, wo das Land der Welt unbestritten etwas zu geben und zu sagen habe. Zum Beispiel zur Entwicklung der Landwirtschaft. Er selbst habe mit Erfolg als einer der stellvertretenden Präsidenten der Generalversammlung kandidiert. „Wir haben eine Stimme auf der Bühne der Welt“, schloss Prosor seinen Vortrag. „Wir können zeigen, wie wir zu einer besseren Welt beitragen.“

Werner Kolhoff

DIG Magdeburg

Gesicht zeigen für ein weltoffenes Magdeburg

Am 16. Januar 1945 wurde Magdeburg durch alliierte Bomberangriffe massiv zerstört. Tausende starben, ungezählte Menschen wurden verletzt und/oder obdachlos und bis heute sind die städtebaulichen Narben zu erkennen. Seit einigen Jahren versuchen politische Extremisten das Gedenken an die Opfer für ihre Zwecke zu missbrauchen. Dabei wird bewusst versucht, die Gründe für diese Zerstörung, nämlich die Verbrechen der NS-Diktatur, zu verschweigen oder zu relativieren. Deshalb haben sich verschiedene Akteure zusammengetan, um mit den Aktionstagen „Eine Stadt für alle“ ein deutliches Zeichen zu setzen.

Als Arbeitsgemeinschaft Magdeburg der Deutsch-Israelischen Gesellschaft sind wir hier langjähriger Kooperationspartner. So gab es im Rahmen der „Schulmeile“ bei den Aktionstagen einen gemeinsamen Stand mit dem Förderverein Neue Synagoge Magdeburg e.V. Dort gab es unter anderem Informationen zum jüdischen Leben auf



Viel Interesse am Stand der DIG.

dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts. Neben Ständen der unterschiedlichen Schulen erwartete die Besucherinnen und Besucher ein umfangreiches Bühnenprogramm. Weiterhin beteiligten sich einige unserer Mitglieder an diversen Mahnwachen an diesem Tag, um Aufmärsche von Rechtsextremisten zu verhindern. Insgesamt

waren unsere Aktionen erfolgreich: ein Dank an alle Beteiligten. Im Sinne einer lebendigen Erinnerungskultur und eines aktiven Eintretens für ein weltoffenes, tolerantes und demokratisches Magdeburg werden wir uns auch zukünftig an solchen Aktionen beteiligen.

Tobias Krull

Vielältiges Programm auf der offenen Bühne.



Diskussion Präsidium und Arbeitsgemeinschaften:

Weil wir gefragt werden



Der Vorsitzende der DIG Bremen, Dr. Hermann Kuhn (links) mit Prof. Yossi Ben-Artzi, Geograph an der Uni Haifa auf der Montagsdemo in Haifa.

Die Debatte war: notwendig, überfällig, hitzig, ergebnisoffen. Das Präsidium der DIG und die Vertreter der Arbeitsgemeinschaften trafen sich im März in Frankfurt am Main, um die angekündigte Justizreform in Israel zu diskutieren. Dabei prallten zwei Positionen aufeinander, die in der Versammlung von leidenschaftlich bis erbittert debattiert wurden. Im Kern ging es um die Frage, ob wir, die deutschen Israelfreunde, innerpolitische israelische Vorgänge kommentieren oder bewerten sollen. „Neue Regierung in Israel – was heißt das für die Arbeit und Positionierung der DIG?“ war der Titel eines Thesenpapiers, das Präsident Volker Beck den Teilnehmern an die Hand gab. Das zweite Dokument hatte unser langjähriger Schatzmeister und Vorsitzender des Bremer e.V., Dr. Hermann Kuhn, verfasst. Beide Stellungnahmen stimmten weitgehend überein: Als Deutsch-Israelische Gesellschaft seien wir, so die Stellungnahmen, in der Pflicht, den Jüdischen und Demokratischen Staat Israel zu unterstützen. Mit dem Historiker und Publizisten Michael Wolffsohn und dem Journalisten und Filmemacher Richard Chaim Schneider waren zwei ausgewiesene Kenner Israels und des deutsch-israelischen Dialoges der Veranstaltung zugeschaltet. Wolffsohn konstatierte die mittlerweile internationale Dysfunktionalität des Regelkonsenses, also das Nicht-Akzeptieren der Mehrheit durch die Minderheit und die Entinstitutionalisierung der Gesellschaften, wie zu sehen nicht nur in Israel, sondern auch bei den Protestwellen in Frankreich oder dem Sturm auf das Capitol. Auch bemerkte er, dass es ein israelisches „wir“ nicht mehr gebe, ohnehin sind 21 Prozent der israelischen Bevölkerung Araber, aber auch die Verbindung Israels zu den Diasporajuden seit abgebrochen. Die schwere Krise in Israel gleiche einem Bruderkrieg.

Auch Chaim Schneider vertrat die Auffassung, dass Israel sich in der schlimmsten Staatskrise seit Gründung befände: der Bürgerkrieg sei da. Siedler mit Langzeitstrategie, Misrachi und Orthodoxe bestimmten eine Zukunft, in der sie spätestens in 25 Jahren die Mehrheit haben. Er formulierte Brisantes: „Wie safe ist der Wirtschaftsstandort Israel? Plant Netanjahu Krieg mit dem Iran, um sich und das Land zu retten?“

Ester Shapira, Mitglied der DIG Frankfurt, unternahm in ihrer Rolle als Moderatorin der Veranstaltung den Versuch der Beschwichtigung: „Ain li erez acheret“ (Ein anderes Land habe ich nicht) sei die Überzeugung aller Milieus. Dass dies für die Diasporajuden nicht mehr zutrefte, weil man sich mit Israel nicht identifizieren könnte, führe das Weltjudentum in eine heikle Situation, betonte jedoch Michael Wolffsohn. Obwohl eine „Eigenpositionierung“ der DIG notwendig sei, so waren sich beide Gastredner einig, dürfe der Einfluß der DIG auf das israelische Geschehen nicht überschätzt werden; Richard Schneider konsternierte sogar mit der Aussage, „zu glauben, dass die DIG Einfluß habe, sei Hybris“.

Die anschließenden 30 Redebeiträge der Teilnehmer machten die unterschiedlichen Positionen in der Versammlung deutlich, wobei jene, die eine Kommentierung der aktuellen Situation durch DIG-Mitglieder befürworteten, in der Mehrzahl waren. Zudem war es die abschließende Äußerung von Michael Wolffsohn, dass es keine Alternative zu einer Verfassung für Israel gebe, die auf breite Zustimmung stieß.

Am Ende, nach sechsstündiger Debatte, wohlweislich ohne Beschluss, nach dem der Zeit geschuldeten komprimierten Finanzberichts des Schatzmeisters, blieb jedoch Kritik am Präsidium nicht aus: Beanstandet vom Wiesbadener DIG-Vorsitzenden Christian Hill wurde der Mangel an Gelegenheit zur Diskussion und Planung des 75. Jubiläums des Staates Israel.

Claudia Korenke



v.l.n.r.: Auf dem Präsidium Schatzmeister Dr. Hermann Kuhn, Präsident Volker Beck, Vizepräsidentin Anna Staroselski und Beisitzer Aras-Nathan Keul



Der Stolz der Städte: Tel Aviv-Platz in Frankfurt am Main

Binationales Beziehungsgeflecht

Deutsch-Israelische Städtepartnerschaften

Etwa 100 Partnerschaften zwischen deutschen und israelischen Städten weist die Liste auf, die die Botschaft Israels in Berlin veröffentlicht. Allerdings: diese Liste stammt aus 2019 und dass sie nicht ganz aktuell ist, lässt sich an mindestens zwei Daten festmachen: Seit 2022 sind Kjarit Bialik und Chemnitz „verpartnert“ – die Verbindung der beiden Städte jedoch ist noch nicht eingegangen ist das Verzeichnis. Und bei Frankfurt am Main wird der abgewählte Oberbürgermeister, Kraft Amt Vertreter der Frankfurter Seite der Städtepartnerschaft als zuständig für die Beziehung zu Tel Aviv genannt. Eine Liste jedoch lässt sich schnell aktualisieren. Von ganz anderer Bedeutung ist ein fatales Signal, das jetzt aus der Hauptstadt Kataloniens kam: Barcelona beendete die seit 1998 bestehende Partnerschaft mit Tel Aviv. Die Begründung von Bürgermeisterin Ada Colau – Man „akzeptiere den Umgang der Israelis mit den Palästinensern nicht“ stieß auf Empörung, nicht nur bei der Vereinigung Jüdischer Gemeinden in Spanien.

„Städtepartnerschaften“ – der Begriff unterliegt weder einer einheitlichen Definition, noch einer Bewertung, ob wohl, so die Bundeszentrale für politische Bildung, sie „ein öffentlichkeitswirksames und langfristig effektives Instrument bilden, um Menschen aus verschiedenen Ländern zusammenzuführen“. Die deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen

Europas (RGRE) spricht von 5497 deutsch-internationalen Städtepartnerschaften, auch dies eine ältere Zahl. Die Erkenntnis jedoch liegt auf der Hand: Obwohl die Anzahl der Städte und Gemeinden in Deutschland, die mit Israel Freundschaftsverträge unterhalten, im Gesamtbild eher bescheiden ist, kommt ihnen eine besondere Rolle zu. So, wie die deutsch-deutschen Städtepart-

nerschaften ihren Beitrag zur deutschen Wiedervereinigung geleistet haben, waren und sind es die deutsch-israelischen Städtepartnerschaften, die halfen und helfen, die Gräueltaten des Holocaust aussprechbar zu machen, den latenten und den wachsenden Antisemitismus aufzuzeigen und zu bekämpfen und Verständnis für die einzige Demokratie im Nahen Osten zu bewirken.

Wirft man einen Blick auf die deutsch-israelischen Beziehungen auf unterschiedlichen Ebenen der Gebietskörperschaften, so zeigt sich ein vielfältiges Bild. Sehr viele deutsche Städte unterhalten Partnerschaftsvereine – die Intensität der Beziehungen sind abhängig vom Engagement der Zivilgesellschaft. Oft entstehen daraus persönliche und langjährige Freundschaften, aufrechterhalten und gepflegt zum Teil in zweiter Generation. Die Kommunen unterstützen Projekte der Partnerschaftsvereine, leisten finanzielle Unterstützung, etwa zu Austauschreisen und unterstreichen die Partnerschaft zumeist mit offiziellen und attraktiven Veranstaltungen.

Die politischen Gegebenheiten und Entwicklungen in den jeweiligen Partnerländern führen – eher selten – zu Ärgernissen. Beleuchten lässt sich dabei neben Barcelona der Fall Freiburg im Breisgau. Sehr häufig führen sie aber auch zu Kuriosa und dazu gehören die Partnerschaften der Berliner Bezirke, die man als „Platzhalter“ verstehen könnte – solange, bis Jerusalem als Hauptstadt Israels international anerkannt ist. Mittlerweile sind die Beziehungen von insgesamt 9 Berliner Bezirken mit Israel gefestigt und werden sicherlich Bestand haben.

Dass Partnerschaften zwischen Kommunen, die Gemeinsamkeiten haben, schneller gedeihen, liegt auf der Hand – Haifa und Bremen mit den Häfen oder die Städte Heidelberg als eine der ältesten Universitätsstandorte in Deutschland und die Partnerschaft mit Rehovot, Sitz des renommierten Weizman Instituts.

Die „richtige“ Partnerstadt zu haben, ist auch eine Frage des Images. So ist es kein Zufall, dass Tel Aviv gleich eine Handvoll Städtepartner in Deutschland hat: Neben Frankfurt am Main sind das Köln, Bonn, Essen und Freiburg.

„Nächstes Jahr mit Jerusalem“ – das wird sich im Sinne einer Städtepartnerschaft für Berlin erst dann erfüllen, wenn der Status der geteilten Stadt geklärt und von internationalen Organisationen, Regierungen und Staatsrechtlern anerkannt ist. Die Erklärung des israelischen Parlamentes, der Knesset, von 1980, Jerusalem sei, einschließlich der 1967 besetzten Gebiete, die „ewige und unteilbare Hauptstadt Israels“ ist nicht ausreichend, stände aber einer Partnerschaft nicht im Weg. Ein Vorstoß des neugewählten Berliner Regierenden Bürgermeisters Kai Wegener aus dem Jahr 2020 wurde nicht umgesetzt; offenbleibt, ob der neue Amtsinhaber die Frage belebt. Es gab – gibt? – jedoch auch auf Jerusalemer Seite Zurückhaltung. 2005 war das Thema schon einmal virulent, damals hieß es aus Jerusalem, man frage niemanden nach einer Partnerschaft: Jerusalem sei die unvergleichlichste Stadt der Welt.

Über den Fall Freiburg im Breisgau, der beschaulichen Schönen und ihrer Partnerschaften wurde schon oft debattiert, nicht zuletzt haben sich Kollegen auch im DIG-Magazin geäußert (Heft 1/22). Freiburg und Isfahan, Freiburg und Tel Aviv: Geht das? Aus der Sicht der DIG nicht. Ein menschenfeindliches Regime, das mit der Vernichtung Israels droht – da sind die Freunde der Freunde: Feinde. Und so steht die Forderung im Raum, dass Freiburg die Städtepartnerschaft mit Isfahan auf Eis legen solle.

Widmen wir uns noch einer der jüngst geschlossenen Bande zwischen einer deutschen und einer israelischen Stadt: Chemnitz und Kirjat Bialik, auch darüber berichteten wir (Heft 2/2022). Die DIG hat 2019 eine Reise nah Chemnitz unternommen. Ein Besuch im ehemaligen Kaufhaus Schocken, im Restaurant Shalom, dass seit 2000 kulinarisch von sich reden macht und tapfer rechte Angriffe abwehrt, waren auf dem Programm, ebenso wie die von Martin Peilstöcker, DIG-Mitglied und Archäologe, kuratierte Ausstellung über das „Leben am Toten Meer“. Eigentlich aber wollten wir ein Zeichen setzen, entgegengesetzt dem rechten Mob, der sich Wochen zuvor immer wieder auf den Chemnitzer Straßen tummelte. Ein Zeichen setzen wollte auch der damalige Kommunalpolitiker und heutige Oberbürgermeister von Chemnitz, Sven Schulze. Seine Ankündigung, eine Partnerschaft mit einer israelischen Stadt einzugehen, hat er im neuen Amt realisiert.

Das Fazit: Städtepartnerschaften sind stets politische Vorgänge mit einem erheblichen Maß an Symbolik. Städtepartnerschaften, einmal angestoßen, entwickeln sich im Idealfall zu engen Bindungen durch Aktive in beiden Gesellschaften. Diese Bindungen tragen durch Krisen und Konflikte wie jede Freundschaft. Es scheint, als habe die Bürgermeisterin von Barcelona etwas missverstanden: Städtepartnerschaften sind kein digitales Spiel: Man entfremdet nicht.

Claveria Winkler





Erste Makkabi Wintersportwettbewerbe seit 1936

„Diese Bilder kann uns keiner mehr nehmen“

Die MAKKABI Deutschland WinterGames werden in die Geschichte eingehen. Mit über 400 Teilnehmenden aus 20 Ländern von fünf Kontinenten - darunter die Ukraine, Israel, USA und Australien - richtete MAKKABI Deutschland vom 02. – 09. Januar 2023 die Makkabi-Winterspiele in Ruhpolding / Bayern aus – die ersten MAKKABI Wintersportwettkämpfe seit 1936. Am Sonntag, 8. Januar 2023, endete das historische Event mit einer feierlichen Zeremonie samt Siegerehrungen. Die erfolgreichsten Delegationen waren Deutschland (1. Platz, insgesamt 14 Goldmedaillen), Israel (2. Platz 12) und die Tschechische Republik (3. Platz, insgesamt 13 Goldmedaillen).

Alfi Goldenberg, Vorsitzender des Organisationskomitees und Initiator der WinterGames: „Nach 87 Jahren Unterbrechung haben wir einen sporthistorischen Meilenstein gesetzt. MAKKABI hat ein kraftvolles Signal für die jüdische Identität und Kultur gesetzt. Wir haben den jüdischen Wintersport wieder in die Mitte Europas gebracht. Die MAKKABI WinterGames 2023 legten den Grundstein für weitere Winter-Makkabiot in den kommenden Jahren.“

Wir erlebten eine Woche voller Wintersport, Jüdischkeit und Emotionen. Mit den MAKKABI Deutschland WinterGames wurde ein sportgeschichtlicher Meilenstein gesetzt, ein positives Signal für den jüdischen Sport wie auch für das dynamische jüdische Leben in Deutschland und darüber hinaus. Zuletzt fanden jüdische Winterspiele 1933 in Polen und 1936 in der damaligen Tschechoslowakei statt, bevor sie von den Nationalsozialisten verboten wurden und dann auch innerhalb der weltwei-

ten Makkabi-Bewegung in Vergessenheit gerieten. Mit den MAKKABI Deutschland WinterGames 2023 wurde eine Tradition wiederbelebt mit Signalwirkung weit über die Grenzen von Makkabi hinaus.

Bei der großen Eröffnungsfeier hielten Dr. Josef Schuster (Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland), Dr. Charlotte Knobloch (Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern), Mahmut Özdemir (Parlamentar-

rischer Staatssekretär beim Bundesministerium des Innern und für Heimat), Justus Pfeifer (Erster Bürgermeister der Gemeinde Ruhpolding) und Carmela Shami (Generalkonsulin des Staates Israel in München) inspirierende Grußworte. MAKKABI Deutschland Präsident Alon Meyer begrüßte die anwesenden Vertreter aus Sport, Gesellschaft, Politik und Kultur. MAKKABI Deutschland Vizepräsident Alfi Goldenberg, Spiritus Rector hinter den WinterGames, hielt eine emotionale und alle Zuschauer mitreißende Eröffnungsrede. Unter großem Applaus der Makkabäer*innen und der lokalen sowie teilweise von weit her angereisten Zuschauerschaft liefen die Sportler*innen der zahlreichen Makkabi-Delegationen ein. Zudem wurde im Rahmen dieser spektakulären Feier das Makkabi-Feuer entzündet.

In den Sportarten Alpin Ski, Skilanglauf, Laser-Biathlon, Snowboard, Eiskunstlauf, Snow-Volleyball und Eisstockschießen gingen die Teilnehmenden in einen sportlichen Wettkampf. Ein besonderes Highlight waren die Wettkämpfe im Snow-Volleyball in 2.000 Metern Höhe mit den Finals zwischen Israel und der Ukraine. Doch Makkabi ist noch mehr als nur Sport: Wir haben Begegnungen von Makkabi-Sportler*innen aus der ganzen Welt ermöglicht, der besondere Makkabi-Spirit war zu jeder Zeit spürbar.

Ein für alle Teilnehmenden besonderer Moment war sicher der große Kabbalat



Foto: Martin König

Bei den Makkabi-Winterspielen wurde sich auch im Snow-Volleyball gemessen

Shabbat (Beginn des jüdischen Ruhetages am Freitagabend), ebenfalls mit vielen Gästen und zahlreichen nicht-jüdischen Teilnehmenden. Musikalisch umrahmt von der Acapella-Band KippaLive aus Israel herrschte bis hin zur Havdallah (Ausgang des Ruhetages) am Samstagabend eine ganz besondere Atmosphäre.

Darüber hinaus gab es ein vielfältiges Bildungs- und Rahmenprogramm. So hielten beispielsweise Prof. Manfred Lämmer (Deutsche Sporthochschule Köln) und der Holocaust- und Olympiaattentat-Überlebende Prof. Shaul Ladany (Israel) Vorträge über die Geschichte und Gegenwart der Makkabi-Bewegung sowie

das Olympia-Attentat 1972 in München, welches ebenfalls in einer über die ganze Woche präsentierten Ausstellung sowie einem virtual reality-Angebot des Bayerischen Rundfunks aufgegriffen wurde. Wir danken dem Zentralrat der Juden und unserem Bildungsprojekt „Zusammen“ für die Organisation und Durchführung dieser und weiterer Veranstaltungen.

Mit den WinterGames wurde erneut gezeigt, wie offen Makkabi ist – teilnehmen konnten alle Makkabäer*innen, unabhängig von Religion und Herkunft. Wir sind uns sicher, dass die MAKKABI Deutschland WinterGames 2023 der Start einer lang anhaltenden Tradition ist, die ebenso wie die Maccabiah in Israel regelmäßig auf der ganzen Welt ausgetragen werden. Bereits während der WinterGames hat der US-amerikanische Makkabi Verband verkündet, die nächsten MAKKABI WinterGames in Sun Valley, Idaho, ausrichten zu wollen.

MAKKABI Deutschland kann nun stolz behaupten: Die jüdischen Winterspiele sind zurückgekehrt. Nach Europa. Nach Deutschland. Mit den MAKKABI Deutschland WinterGames 2023 haben wir Bilder und Emotionen für die Ewigkeit geschaffen. Diese kann uns keiner mehr nehmen.

Jérôme Buske
Referent/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei MAKKABI Deutschland e.V.
Hauptstadtbüro



Foto: Quirin Leppert

Alfi Goldenberg, Vorsitzender des Organisationskomitees und Initiator der WinterGames

Nächstes Jahr in Iowa:

Der Eisenbahnwaggon

Diese Geschichte handelt von Zügen, die in den Tod fahren; von Technik und Trauer, ihre Protagonisten lebten und leben in Polen und in Israel, in Deutschland und in Kanada, in den USA und den Niederlanden. Es ist eine wirre und komplexe Geschichte, aber sie endet mit Kindern. Diese Kinder besuchen ein Museum in dem kleinen Ort Danville im USA-Bundstaat Iowa. Es ist wichtig, dass diese Kinder die Geschichte weitertragen. Sie sind verantwortlich für die Zukunft der Erinnerung.

Die Vorgeschichte

Vor vielen Sommern begann es – wie könnte es anders sein – mit einem Anruf aus Israel. Ein Freund, Micha Limor, journalistischer Kollege und Herausgeber von „Yakinton“, der in Israel erscheinenden deutsch-hebräischen Zeitung mit den Yeckes als Zielgruppe – am Telefon. Ob ich helfen könne, einen Deportationszug, bzw. Viehwagen, wie die Nazis ihn einsetzten, zu finden. Seine Bestimmung sei, so wollte es ein mir bis zu Stunde unbekannter Erbe der grauenhaften Vergangenheit seiner Familie, in Auschwitz an all die zu erinnern, die per Eisenbahn in die Hölle gebracht wurden. Ich wusste nicht, dass Begriffe wie Viehwagen oder Deportationszug nicht korrekt waren, ich wusste nicht, dass Auschwitz keine individuelle Zeichen der Trauer zulässt ... Aber, in die-

sem Sommer am alten Holztisch unter dem Dach des Wochenendhauses begann ein neues, trauriges, interessantes, schwieriges und einzigartiges Kapitel.

Die erste Suche

Nordhausen in Thüringen. Nordhausen, eine bekannte Destillerie, deren Auftragnehmer ich war. Nordhausen: auch die Stadt, die unterhalb von Buchenwald liegt. Es führt ein Weg hinauf zur Gedenkstätte und zu Mittelbau Dora im Anhydritstollen des Kohnstein, wo unterirdisch die V2 gebaut wurde. Die Menschen, die dort unten Hitlers „Wunderwaffe“ bauten, starben nach wenigen Monaten, nein, Wochen einen elenden Tod. An der Wegkreuzung zum Kohnstein steht ein Eisenbahnwagen. Nun wusste ich, wie das, was ich suche, aussieht. Es folgte Sommerwochen bei Eisenbahn-

vereinen und in Museen, in Archiven und in Betrachtung von Bildern, die zu sehen die Grenze des Erträglichen überschritten und bis heute überschreiten.

Und dann fiel ein Name: Alfred Gottwaldt. Alfred Gottwaldt, der einzige mir bekannte Eisenbahn-Historiker mit dem Schwerpunkt Nationalsozialismus, ist 2015 gestorben. Ohne ihn und sein grenzenloses Wissen zum Thema Reichsbahn, Nationalsozialismus, Judendeportationen hätten wir unsere Aufgabe nicht erfüllen können. Wir? „Wir“ ist auch mein Mann, Bernhard Mertens, Sohn eines Eisenbahners, aufgewachsen im Eisenbahnausbesserungswerk in Jülich mit der seine Kindheit und die späteren Jahre überschattenden Frage: „Was hat mein Vater als Betriebsleiter des Eisenbahnausbesserungswerkes im damaligen Lemberg getan?“

Teil einer Zeichnung von Bedrich Hoffman, der als Zehnjähriger nach Theresienstadt deportiert und im Alter von 12 Jahren in Auschwitz ermordet wurde. Aus der Sammlung Kinderzeichnungen und Gedichte Theresienstadt 1942–1944



Der Eisenbahnhistoriker

Wir fahren nach Berlin zu Dr. Gottwaldt, seinerzeit Leiter der Abteilung Eisenbahnwesen im Technikmuseum in Berlin. Da saßen wir in einem historischen Zugabteil im Museum. Bevor wir Dr. Gottwaldt unser Anliegen und die Suche nach einem Waggon schilderten, fragte Bernhard, ob etwas von der Rolle des Vaters in Lemberg bekannt sei. Ohne Zögern verwies der Kenntnisreiche auf die Veröffentlichungen von Simon Wiesenthal, einst Architekt in Lemberg, dem heutigen ukrainischen L'viv: die Zwangsarbeiter, rekrutiert für die Reichsbahn in Lemberg, seien wohl erträglich behandelt worden.

Und dann berichtete Dr. Alfred Gottwaldt von einer Werkstatt im Ruhrgebiet, die sich auf den Erhalt und die Restaurierung von Industriegütern spezialisiert habe: das Restaurierungsatelier „Die Schmiede“. Wir fahren nach Duisburg. Wir trafen den Geschäftsführer der Werkstatt, ein technischer Betrieb, untergebracht im Trafogebäude eines ehemaligen Hochofenwerkes. Wir schilderten unser Anliegen und die Stationen unserer Suche. Ulrich Feldhaus überlegte.

Der Fund und der Konflikt

Einen Tag und eine Autofahrt später standen wir auf einer Wiese an der holländischen Grenze vor einem Eisenbahnwagen aus den 1930er, einem G10. Das Bremserhäuschen, diesem Waggon zugehörig, war nicht vorhanden und wurde später ergänzt.

Wir hatten gefunden, was wir suchten.

„Die Schmiede“ restaurierte den Waggon.

Die Israelis veranlassen den Transport nach Auschwitz. Wir alle wollten hinfahren, sehen und ahnen, wie das ist: der Waggon, die Rampe, die Selektion.

Es gab eine Auseinandersetzung zum Thema individuelle Trauer und Erinnerung versus Gedenkort mit den Aufgaben Erziehung, Bildung, Mahnung. Wir sind dem Waggon nicht gefolgt. Aber er steht, an der ehemaligen Verladerrampe in Birkenau.



An der holländischen Grenze v. l.: Micha Limor aus Israel, Ulrich Feldhaus, Die Schmiede, und der Ingenieur Bernhard Mertens vor einem historischen G10 im Jahr 2008

An diesem Punkt unterbrechen wir die Geschichte für 13 Jahre. Dann, vor zwei Sommern – wie könnte es anders sein – erreichte uns ein Anruf aus Israel. Diesmal war die Anruferin Dr. Ruthie Eitan, eine langjährige Freundin, bekannt in ihrer damaligen Funktion als „Außenministerin“ des Sapir College in Sderot. Sderot, frühes Symbol des Raketenbeschusses aus dem Gaza, Sderot mit dem Hof hinter der Poli-

zeistation, wo die Überreste von Kassam-Raketen auf einem Holzgestell liegen.

Ruthie hatte eine Frage. Ob wir Beziehungen zur Deutschen Bahn hätten? Nein, warum? „Es gibt eine Dame in Iowa, in Danville, die ein privates Museum betreibt. Sie möchte einen authentischen Deportationswagen als Gedenk- und Lernort vor ihr Museum stellen.“



Dr. Alfred Gottwaldt war einer der wichtigsten Historiker zum Thema Nationalsozialismus und Reichsbahn.



Anne Frank in Iowa

Danville, Iowa, Zensus 2020: 927 Einwohner. Getreidesilos und das Anne-Frank-Museum. Ideengeberin, Mäzenin und engagierte Betreiberin ist Janet Hesler. Was macht Anne Frank in Danville am U.S. Highway 34, Des Moines County? Schauen wir auf die Website des Museums:

„Im Jahr 1939 initiierte eine Lehrerin aus Danville, Birdie Mathews, ein Brieffreundschaftsprogramm mit internationalen Lehrern. Die Folge war, dass zwei Schülerinnen aus Danville, Juanita und Betty Wagner, je einen Brief an Anne und Margot Frank schrieben. Sie erhielten ein einziges Mal Antwort. Anne legte ihrem Brief eine Postkarte bei.

Die Briefe von Anne und Margot wurden am 29. April 1940 geschrieben. Am 10. Mai

1940 besetzten die Nazis die Niederlande. Anne, Margot und ihre Eltern versteckten sich im Hinterhaus der Prinsengracht 263 in Amsterdam.

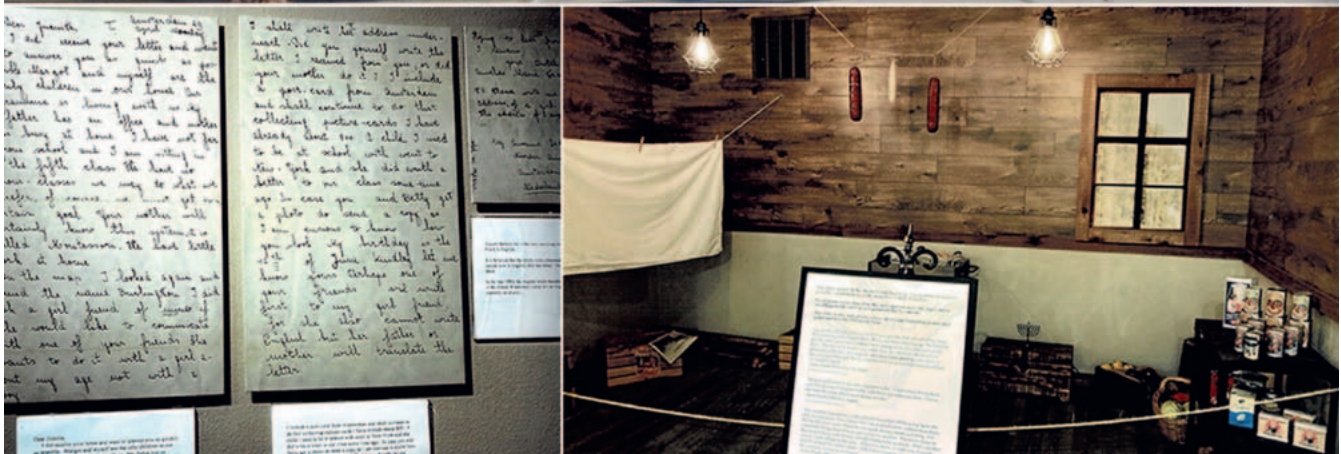
Haben wir diese unglaubliche Geschichte gekannt? Und sie geht weiter: Eine Initiative von Janet Hesler ist, 1,5 Millionen Postkarten aus aller Welt für das Museum zu erhalten. 1,5 Millionen: Das ist die geschätzte – Zahl von Kindern, die im Holocaust ermordet wurden. Und schließlich: Janet Hesler wollte einen authentischen Eisenbahnwagen als Lernort vor dem Lernort Museum.

Ich kenne Janet nur via Zoom. Etwas aber, so verstehe ich, muss geschehen sein in ihrem Leben, als ihr Vater, der amerikanische Offizier, das Konzentrationslager Dachau am Tag nach der Befreiung betrat.

Die zweite Suche: Glücksfall in der rheinischen Provinz

Auf ihren vielen Reisen durch die Welt, bei ihren vielen Vorträgen und Initiativen hat die polnisch-stämmige Ruthie Eitan (die familienhistorisch mit Abscheu vor allem, was deutsch war, aufwuchs und zur Gegen-Konditionierung über die „Deutschen Burschenschaften“ promovierte) Allan Ross kennengelernt, Direktor der Jüdischen Gemeinden der Quad Cities. Der war es, der Ruthie fragte, ob sie „irgendwie an einen historischen Eisenbahnwagen herankäme ...“

Aus vielerlei Gründen bin ich geheiß, über den Fundort des zweiten Eisenbahnwaggons in meinem Leben nicht zu schreiben. Aber wir wurden fündig nach einigen Wochen. Der Eisenbahnwagen, der, während Sie dieses hier lesen, auf



Das Anne-Frank Museum in Danville

dem Transport in die USA ist oder bereits in Danville steht, ist ein Typ „Oppeln“, eine Kriegsbauart, ein Tonnendachwagen.

Authentizität und Unterstützung

Zu beschäftigen haben wir uns an dieser Stelle mit dem Begriff: authentisch. Waggons, die zwischen Beginn des 20. Jahrhunderts bis 1945 gebaut wurden und Plaketten oder Nummerierungen aufweisen, sind authentisch, weil sie von der Reichsbahn genutzt wurden: zum Transport von Gütern, Soldaten, Zwangsarbeitern und Juden. Der Beweis, dass ein bestimmter Waggon Menschen in ein Lager transportiert hat, lässt sich nicht erbringen.

Das didaktische Verständnis bezüglich des Exponats „Eisenbahnwaggon“ ist weltweit unterschiedlich und spannt einen Bogen vom Jüdischen Museum in Washington, wo der Besucher durch einen quasi „durchgeschnittenen“ Waggon geht bis zu gegen Wettereinflüsse präparierten Waggon in Südkorea und jenem in Yad Vashem.

Das deutsche Generalkonsulat in Chicago unterstützt das Projekt Eisenbahnwaggon in Danville. Auch hier wurde zunächst eine Diskussion darüber geführt, was „authentisch“ bedeutet. Apropos Unterstützer: Die Regierung des US-Bundesstaates Iowa hat das neue Projekt von Janet Hesler großzügig finanziell gefördert.

Zurück nach Deutschland. Der Waggon für die USA war gefunden. Was jetzt? Dr. Gottwaldt, so mussten wir erfahren, war verstorben. 13 Jahre sind wie gestern, man muss es nur versuchen. Anruf beim Restaurierungsatelier „Die Schmiede“. „Wir hatten doch kürzlich miteinander zu tun...“ Und siehe da, der Kontakt war sofort wiederhergestellt: Auch für das Duisburger Unternehmen war die Restaurierung des Waggons für Ausschwitz 2008 ein wichtiges Ereignis. In den zwischenliegenden Jahren hatten Ulrich Feldhaus und sein Partner Martin Kaufmann Eisenbahnwaggons für museale Zwecke in Korea, in Spanien, und der Schweiz restauriert.

Es begannen die Monate des Reisens und Redens. Ein Ortstermin in Duisburg bei der



Restaurierung fast beendet: der Waggon für Danville vor der Werkstatt in Duisburg

Werkstatt mit Schweizer Freunden von Janet Hesler. Mehrere Treffen von uns und den Mitarbeitern der Schmiede, die uns darlegten, welche technischen Details die Authentizität des Waggons belegen.

In den Zoom-Konferenzen, an denen Ruthie Eitan aus Tel Aviv, wir aus Frankfurt, Janet Hesler aus Danville und Allan Ross, dessen Büro in Davenport ist, teilnahmen. Architekten, Politiker, Akademiker der Universitäten in Iowa redeten mit. Zwei Fragen beschäftigen uns in dieser letzten Phase des Projektes: Wo und wie soll der Wagen aufgestellt werden? Muss er angesichts der Wetterextreme, die insbesondere die Staaten unweit des Mississippi in den letzten Jahren getroffen haben, eingehaust werden? Und: Mit welcher Ausstattung soll der Wagen seinen pädagogischen Zweck erfüllen?

Standort und Bildungsauftrag

Der Transport des Waggons von Duisburg nach Bremerhaven, von Bremerhaven nach Baltimore und von Baltimore per Straße nach Davenport, wo er der Presse gezeigt werden soll und schließlich das Verbringen nach Danville ist, was die Logistik angeht, Teil des Auftrages an „Die Schmiede“. Bernhard Mertens, der sich mit dem Abladen, den Gleisen, die den Waggon mitführt nach Danville, befasste, kannte im Verlauf der Arbeit die geologi-

schen und hydrologischen Gegebenheiten besser als die seiner Heimatstadt Frankfurt. Muss man den Highway sperren, um den Waggon abzuladen? Wie muss der Boden unter dem zirka 10 Tonnen schweren Objekt beschaffen sein? Die Gleisstücke, die aus Deutschland mitgeliefert werden, sind zweifelsfrei in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts genutzt worden. Sie müssen verlegt werden, bevor der Waggon aufgesetzt werden kann.

Das Anne Frank Pen Pale Museum in Danville wird von Kindern, von Schulklassen besucht. Wie lehrt man Kindern den Holocaust? Allan Ross hat mit Kollegen vom Jüdischen Museum in Chicago gesprochen. Yad Vashem bietet auf seiner Website Bildungspakete. Ich habe die Lehrer im Bildungsausschuss der Stadt Frankfurt, dem ich angehöre, befragt. Und Dr. Ruthie Eitan hat sich geäußert. Die IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) hat in Gemeinschaft von 30 Staaten Richtlinien herausgegeben.

Die Entscheidung über die Lerninhalte, über Wirkung und Rezeption des Artefakts Eisenbahnwaggon wird die unermüdliche, engagierte Janet Hesler mit ihren Beratern fällen. Eine Welt ohne Zeitzeugen braucht neue Konzepte. Die Singularität des Holocaust bleibt.

Claudia Korenke



Schöne Strände, schöne Menschen, schönes Wetter: aufgeheizte Atmosphäre

Mit Charme in die Gleichberechtigung

Die Autorin Mirna Funk macht sich binationale Gedanken über Männer

PayGap, PensionGap, OrgasmGap – diese drei Lücken werden seit Jahren in den Medien rauf und runter besprochen. Notwendigerweise natürlich. Für mich als alte DDR-Maus existieren sie selbstverständlich nicht. Zum einen, weil ich mein Leben lang finanziell unabhängig war und damit schon mal der PensionGap wegfällt und zum anderen, weil ich dank meiner jüdischen Identität relativ schnell lernte, mit ordentlich Chuzpe eine faire Bezahlung und multiple Orgasmen einzufordern. Denn ohne Forderung, keine Wunscherfüllung. Einzufordern, war nicht immer einfach, aber es hat sich gelohnt. Doch nicht nur meine sozialistische Kindheit und mein jüdisches Gemüt haben einen fundamentalen Einfluss auf mich ge-

habt. Es ist vor allem die Tatsache, dass ich seit über 30 Jahren einen Großteil meiner Zeit in Israel verbringe und deshalb das Glück habe, in zwei unterschiedlichen Gesellschaftssystemen zu leben. Allerdings lebe ich nicht nur in zwei verschiedenen Welten, ich date auch in ihnen. Und da wird es natürlich besonders interessant.

Mein Penis, der Mount Everest

Denn, wenn es nach deutschen Männern geht, dann muss man ihnen als Frau hinterherlaufen, wie ein Hund seinem Herrchen. Dabei ist das biologisch eigentlich gegenteilig vorgesehen. Da schwimmt nämlich das Spermium zur Eizelle und nicht anders herum. Aber jede Frau, die sich

als Leidtragende auf Tinder, Bumble oder Paarship die Finger wund tippt, damit man das Muttersöhnchen aus seiner bequemen Sofaposition herausgeholt bekommt, kennt das Theater, was dann im Anschluss folgt: Da sitzt eben dieser schwerzugängliche Typ vor einem und erzählt stundenlang nur von sich selbst, ohne eine einzige Frage an sein Gegenüber formulieren zu können. Er hält keine Tür auf, schiebt keinen Stuhl zurück, gießt keinen Wein nach und wenn anschließend, nach erfolgreicher Selbstbeweihräucherung, ohne empathische Anteilnahme, die Rechnung kommt, will er diese doch ernsthaft auch noch hälftig teilen. Dann steigt er in sein Auto und braust davon. Die Frau nach Hause fahren? Nicht drin beim German Mann! Diese un-

höflichen und darüber hinaus hochgradig uncharmanten Verhaltensweisen subsubminiert er doch ernsthaft unter dem Deckmantel der Gleichberechtigung. Seinen Penis, den hat man als Frau zu erklimmen, wie den Mount Everest. Wenn man nicht mindestens drei abgefrorene Zehen und eine lebensgefährliche Lungenentzündung davongetragen hat, dann schien es offensichtlich nicht hart genug gewesen zu sein. Um IHN zu erobern.

Dass sich das viele Frauen nicht mehr so richtig geben wollen, merkt man daran, dass der deutsche Mann jammert, ob der schwierigen Geschlechterverhältnisse. Der Gewinner ist aktuell der Migra-Boy, der wenigstens noch einen Blumenstrauß kaufen kann. Als ich vor vier Jahren mein letztes echtes Date mit einem deutschen Mann hatte und dieser auch die Rechnung teilen wollte, stand ich auf und verließ genervt das Restaurant. Nicht, weil ich einen Mann brauche, der mir mein Steak bezahlt – ich habe genug Geld, um die Rechnung komplett zu übernehmen –, sondern weil ich mich nicht degradieren lasse, wie es einst sein Papa mit der im Haushalt umherkrabbelnden Mama getan hat.

Los, wir gehen jetzt essen!

Gaaaaaaanz anders der israelische Mann. Da aktiviert man die Dating-App und Stunden später kontaktieren einen unzählige Männer auf Instagram und Facebook, um schneller zu sein als die anderen. Im Übrigen wie es die Biologie vorgesehen hat. Denn im Ejakulat befinden sich nicht nur Spermien, die befruchten, sondern auch Spermien, die die Samenzellen fremder Männer ausschalten. Sogenannte Killerspermien. Beim israelischen Mann ist alles noch im Lot. Da stimmt das Gleichgewicht, da wird nicht einer Fantasie nachgegangen, man müsse hier irgendwie mit den Mitteln von Geld und Unhöflichkeit Gleichberechtigung herbeizaubern. Denn nicht nur war Israel bis Anfang der Achtzigerjahre sozialistisch und Frauen und Männer haben gleichgestellt am Aufbau des Staates mitgeholfen, sondern die völlig selbstverständliche Wehrpflicht von Frauen, schafft ein Leben auf Augenhöhe, wo das Spiel der Geschlechter noch als Spiel gesehen wird, das eben rein gar nichts über den Grad, der in der Gesell-

schaft verankerten Gleichberechtigung aussagt. Da wird nicht nur alles dafür getan, die Frau schnellstmöglich von der Dating-App in die reale Welt zu katapultieren, sondern diese wird selbstverständlich an der Haustür abgeholt – ob mit einem Roller, einem Corkinet oder dem Auto. Anschließend folgt die komplette Charmeoffensive, die damit endet, dass man als Frau nicht einmal mitbekommt, dass die Rechnung schon bezahlt wurde. So machen es nämlich richtige Männer. Der Mann hat das Ruder in der Hand, wie es normalerweise seine Ima innerhalb

der Familie hat. Die dominante, sinnliche, jüdische Frau hat eben mit der deutschen, lustbefreiten Hausfrau rein gar nichts zu tun. Das Ergebnis sind zwei völlig verschiedene Männertypen, die als Söhne in diese Welt geworfen werden. Wer sich also hier in Deutschland als Frau wundert, was schiefgelaufen ist oder ob das jetzt für immer so weitergehen muss, mit diesen spaßbefreiten Schlechtelaunemännern, denen kann ich nur raten: Macht euch frei und unabhängig und zieht eine Generation von Söhnen auf, die das mit der Gleichberechtigung wirklich verstanden hat.



Mirna Funk wurde 1981 in Ost-Berlin geboren und lebt zwischen Berlin und Tel Aviv. Sie studierte Philosophie an der Humboldt Universität und arbeitet als Essayistin und Autorin, unter anderem für die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung und Die Zeit. Seit 2020 hat sie eine monatliche Sex-Kolumne in der Cosmopolitan und von 2018-2021 schrieb sie auf Vogue-Online über jüdisches Leben heute. 2015 debütierte sie mit ihrem Roman „Winternähe“ im S. Fischer-Verlag. Er wurde mit dem Uwe-Johnson-Preis ausgezeichnet und war für den Aspekte-Preis nominiert. Im Februar 2021 veröffentlichte sie ihren zweiten Roman „Zwischen Du und Ich“ bei dtv.

In ihren literarischen Werken, essayistischen und journalistischen Arbeiten sowie kuratorischen Projekten geht Mirna Funk den Fragen nach der Präsenz jüdischer Kultur in Deutschland heute und einer gegenwartsorientierten Erinnerungskultur nach. Im Mai erschien ihr erstes Sachbuch: „Who cares! Von der Freiheit, Frau zu sein“ und landete direkt auf der Bestsellerliste.

Dokumentarfilm über israelische Gedenkstättenreisen

#UPLOADING_HOLOCAUST

Israelische Gedenkstättenfahrten für Schülerinnen und Schüler gibt es seit mehr als 30 Jahren. An den Fahrten nach Polen mit Besuchen der Gedenkstätten an Orten der früheren deutschen Vernichtungslager, Ghettos und den Orten deutscher antisemitischer Massaker nehmen Jahr für Jahr 30.000 Schülerinnen und Schüler teil. Viele führen Videotagebücher und dokumentieren damit ihre eigene Reise, die besuchten Orte, die gehörten ZeitzeugInnenberichte und ihre eigenen Erfahrungen auf Videos, die sie häufig auf Videoplattformen hochladen. Die beiden Regisseure Udi Nir und Sagi Bornstein montierten aus vielen Videoselbstzeugnissen den bewegenden und nachdenklich machenden Dokumentarfilm #UPLOADING_HOLOCAUST, der 2016 in Kinos kam.

Die DIG AG Köln zeigte den Dokumentarfilm #UploadingHolocaust, der Filmproduktionsgesellschaft Gebr. Beetz im Studio Argento in Kooperation mit der Filmkunstvideothek Traumathek. Der Film ist eine deutsch-israelisch-britische Produktion und lief mit Erfolg auf verschiedenen Dokumentarfilmfestivals.

Tausende junge Israelis begeben sich jedes Jahr auf eine besondere Klassenfahrt: Die „Reise nach Polen“ führt sie in ehemalige Konzentrationslager und Gedenkstätten. Ihre Erlebnisse, Gedanken und Gefühle halten sie in Videotagebüchern fest. Unter dem Stichwort „Journey to Poland“ finden sich 30.000 solcher kleinen Dokumentationen auf der Plattform YouTube, die einen bewegenden Blick auf die Geschichte der Juden in Europa mit den Augen israelischer Schülerinnen und Schüler ermöglichen.

Sieben Tage, vier Konzentrationslager, drei Massengräber, zwei Ghettos, 14 Gedenkzeremonien, 200 Teenager in einem Hotel, das sind die Stationen der Gedenkstättenreisen. Ziel der Geschichtslehrerinnen und Lehrer ist es, die Erinnerung an die Geschichte der Juden in Europa und an den Holocaust lebendig zu halten.

Der israelische Kulturanthropologe, der in Feldforschung solche Reisen teilnehmend beobachtet hat, beschreibt in seiner kritischen Studie „Above the death pits, beneath the flag“ (2008) die Reisen zunächst als individuell erfahrene Momente, die in der Suche jedes Einzelnen nach Spuren seiner Familiengeschichte ihren Anfang nimmt. Im Verlauf der Reise verdichtet sie sich mehr und mehr zu einer Art gemein-



samer Pilgerfahrt, die es den Teilnehmern ermöglicht, den Verlust und das Leid ihrer Vorfahren nachzuvollziehen. Im Verlauf der Reise findet eine intendierte intensive Vergemeinschaftung statt, die die Suche nach der eigenen oder fremden Familiengeschichte orientieren auf die gemeinsame israelische Identität. Historisch vollziehen die Schülerinnen und Schüler Geschichten nach, denen sie in gemeinsamen Gedenkritualen einen Ausdruck geben. Vermittelt über diese Rituale finden sie zu einer gemeinsamen zionistischen Identität.

In einer Zeit, in der es immer weniger Holocaust-Überlebende gibt, die von ihren Erfahrungen berichten können, will die junge Generation das kollektive Trauma vor dem Vergessen bewahren. Videos werden zu einem wichtigen Medium des Erinnerns: Auf ihrer Reise filmen die Jugendlichen jeden Zeitzeugen, jede Gaskammer und jede Gedenkfeier. Sie produzieren und montieren ihre ganz eigene Version der Geschichte, laden sie auf YouTube hoch

und teilen sie in den sozialen Netzwerken. In ihren Videos teilen die Schüler sehr private, emotionale Momente und versuchen in ihren unverstellten Aussagen, das Erlebte zu greifen und verarbeiten.

#UPLOADING_HOLOCAUST ist der erste Dokumentarfilm, der zu 100 Prozent aus YouTube-Material besteht und zeigt, wie sich die Erinnerung an den Holocaust im digitalen Zeitalter verändert. Die beiden israelischen Regisseure Udi Nir und Sagi Bornstein durchsuchten die Video-Plattform YouTube unter dem Schlagwort „Journey to Poland“ und setzen den Film aus unzähligen Quellen zusammen. Die Montage sich wiederholender Sequenzen, bei denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wechseln, vermittelt das Muster der Zusammensetzung der Gedenkstättenfahrten, wirft einen Blick auf sich wiederholende Zeremonien und deren Inszenierung durch die Schülerinnen und Schüler selbst, so dass sich der Eindruck zu einem geteilten, gemeinsamen Deutungsmuster verdichtet.

In den Film führte der Vorsitzende der DIG AG Köln, Dr. Johannes Platz, ein. Er berichtete am Ende seiner einführenden Worte von einem Gespräch mit der israelischen Schülerin Ma'ayan anlässlich eines Sportjugendaustauschs im Rahmen einer anderen AG der DIG. Sie erzählte seinerzeit von ihrer bevorstehenden Polenreise, die für sie als 16-Jährige unmittelbar bevorstand. Sie lebte in einem Kibbutz nahe der Grenze zum Gazastreifen im Kreis Sha'ar HaNegev. Durch die permanenten Raketenangriffe auf die Kibbutzim in der Nähe der israelischen College-Stadt Sderot war sie bereits für die Frage der israelischen Landesverteidigung sensibilisiert. Sie sah sich selbst als überzeugte Zionistin. Sie drückte ihre Vorerwartungen an diese Po-

lenreise aus. Sie war sich sicher, dass diese Reise sie für die Vergangenheit und die Geschichte und Erfahrung der Shoah noch weiter sensibilisieren werde. Sie sagte, die Erfahrung des Gedenkstättenbesuch im Rahmen des Sportjugendaustauschs am selbigen Tag und die bevorstehende Erfahrung der Polen-Gedenkstättenreise bestärke sie, nach dem ihren High School Abschluss Militärdienst in den Israel Defense Forces abzuleisten. Dies sei die Lehre aus der Shoah.

Die Form, die der Film wählt, nämlich die Montage aus Selbstzeugnissen von Jugendlichen, die sich auf die Polenreise begeben haben ganz ohne Kommentar aus dem Off, ist selbst nicht unkommentiert

geblieben. Die auf emotionale Aspekte setzende Didaktik wird in dem Film ausgesprochen intensiv geschildert. Manche Expertinnen und Experten in Gedenkstätten meinen darin eine „falsche“, weil überwältigende Pädagogik zu erkennen. Diesen Eindruck teilte die DIG AG Köln in der Vorbereitung des Films in keiner Weise. Die Aufführung und die anschließende Auswertung des Films in der Publikumsdiskussion vermittelten vielmehr, dass auch der emotionale Zugang, den die Reisen vermitteln, ein wichtiges Mittel ist, um Erkenntnisse in der Holocaust-Education zu gewinnen und Empathie und Mitgefühl zu zeigen.

Dr. Johannes Platz
DIG AG Köln

Film „Golda“: Politthriller und Portrait

Krieg und Rauch

Das ein Film im Jahr 2023 dem Rauchen eine zentrale Stellung einräumt, ist auch dann keine Selbstverständlichkeit, wenn dieser sich um die ehemalige israelische Ministerpräsidentin Golda Meir dreht. Es wird eng für das Anrühige und Destruktive in einer immer mehr auf Positivität gedrillten Gesellschaft und ihrer Kunstwelt. Amazons Streamingdienst versieht Filme, in denen geraucht wird, gar mit einer Triggerwarnung. In Guy Nattiv's Golda wird das Rauchen dagegen als Bild für das Leid, das Meir für die von der arabischen Aggression bedrohten Bevölkerung auf sich nimmt, eingesetzt: Noch während ihrer Krebstherapie drängt es sie zum Rauchen, in alpträumartigen Sequenzen verschwindet sie geradezu in ihrem Zigarettenqualm.

Der dankenswerterweise nicht als Biopic angelegte, sondern sich auf den Jom-Kippur-Krieg fokussierende Film hält gekonnt die Balance zwischen Polit-Thriller und Porträt. Meir wird als Politikerin gezeigt, die mit den Folgen ihrer Entscheidungen für die israelischen Soldaten ebenso kämpft wie mit ihrem körperlichen Leiden. Nach einigen strategischen Fehleinschätzungen, insbesondere der über den Zeitpunkt des Angriffs, ist es schließlich ihre



Weigerung, bedingungslos auf einen von Henry Kissinger geforderten Waffenstillstand einzugehen, die den Frieden bringt – und die Anerkennung Israels durch den ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat.

Das überzeugende Spiel der Hauptdarstellerin Helen Mirren und die beeindruckende Leistung der Maske lassen die Ministerpräsidentin mit den Mitteln des Kinos wiederauferstehen. Auf die Debatte, ob eine nichtjüdische Schauspielerin Meir

spielen dürfe, entgegnete Nattiv, Mirren sei für ihn ‚wie eine Jüdin‘ und sprach damit einen weiteren Grundsatz der Kunst aus, der derzeit in Bedrängnis gerät: Schauspieler müssen ihre Rollen verkörpern, nicht wirklich sein. Ob es Mirren gut zu Gesicht steht, in der Diskussion um die israelische Justizreform auch als politisches Sprachrohr der Politikerin aufzutreten, darf vor diesem Hintergrund wiederum bezweifelt werden.

Timo Lindeman

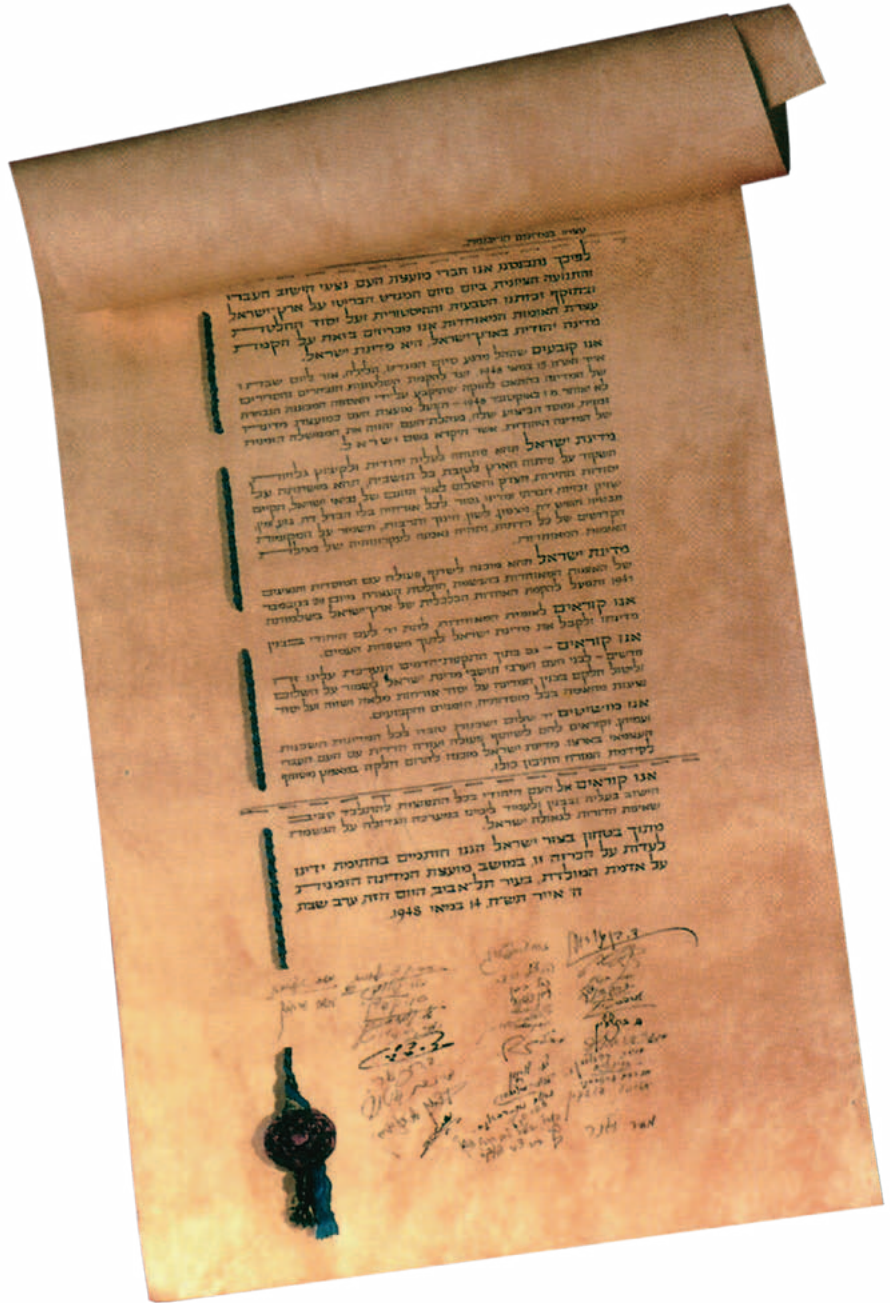
Farbe bekennen

In der letzten Ausgabe des DIG – Magazins heißt es „Eine Debatte, die geführt werden muss“. Gemeint ist wohl zunächst, auf welcher Grundlage das Verhältnis zwischen Israelis und Palästinensern debattiert werden sollte. Die Debatte sollte allerdings hier nicht stehenbleiben. Das Verhältnis zwischen jüdischen und arabischen Israelis gehört ebenso hierher wie das Selbstverständnis vieler Israelis, so wie es sich im Ergebnis der letzten Wahlen widerspiegelt. Ich möchte meine Meinung zu diesen Fragen sagen.

Zwei Grundsätze stehen für mich nicht zur Disposition.

Der erste ist in der israelischen Unabhängigkeitserklärung festgeschrieben: „Gleich allen anderen Völkern ist es das natürliche Recht des jüdischen Volkes, seine Geschichte unter eigener Hoheit in einem eigenen souveränen Staat selbst zu bestimmen“. Israel sieht sich zudem als „gleichberechtigte Nation in der Völkerfamilie“. Der zweite Grundsatz sieht Israels Sicherheit als Teil der deutschen Staatsräson. In der Tat: Unsere Pflicht und unser Willen zur Solidarität sind nicht verhandelbar. Sie schließt allerdings das kritische Gespräch über wichtige Einzelaspekte nicht aus. Sonst würde sie Unterwürfigkeit sein.

Zunächst also zum israelisch – palästinensischen Verhältnis. Im DIG-Magazin werden zwei unterschiedliche Positionen präsentiert, die von Hermann Kuhn und die von Daniel Killy. Ich stelle mich eindeutig hinter die Position von Hermann Kuhn. Wir müssen am Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung festhalten, so wie es die Vereinten Nationen in ihrem Beschluss vom November 1947 gewollt haben. Die Staatlichkeit Israels und (indirekt) seine Grenzen bestimmen sich letztlich durch Akte des internationalen Rechts. Sie können nicht aus der Torah oder aus der jüdischen Überlieferung hergeleitet werden. Es



geht deshalb auch um mehr als eine „faire Lösung für die Palästinenser“, wie Volker Beck in der gleichen Ausgabe meint.

Dagegen verwerfe ich die Position, die Daniel Killy vertritt. Sein Gedankengang ist historisch und rechtlich nicht haltbar. Killy

zieht, wenn ich ihn richtig verstehe, die Balfour-Erklärung von 1917 als Grundlage für einen Anspruch Israels auf das Westjordanland und Gaza heran.

In der Tat: damals hat der britische Außenminister Balfour im Namen seiner

Regierung deren Unterstützung für „die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“, zugesagt. Diese Erklärung ist 1922 Teil des Völkerbundmandats für Palästina geworden. Damit aber ist kein rechtlich bindender Akt der damaligen Völkergemeinschaft entstanden, sondern die Beschreibung eines Mandats für eines seiner Mitglieder. „Heimstätte“ beschreibt zudem das Recht auf Ansiedlung, „mit der Maßgabe, dass nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina In Frage stellen könnte“, wie es in der Balfour-Erklärung heißt. Die eigentliche staatliche Autorität aber fiel Großbritannien als Mandatsmacht zu. Dieses Mandat ist dann am 14. Mai 1948 abgelaufen. Mit vollem Recht also haben sich die Gründer des Staates Israel noch am gleichen Tag auf die UNO-Resolution vom November 1947 berufen und den dort festgelegten Grundsatz einer Teilung Palästinas akzeptiert. Eine „Zwei-Staaten-Lösung“ ist also seit 1947 gewollt. Dass es aus bekannten Gründen dazu seither nicht gekommen ist, ändert daran nichts. Und mit dem arabischen Teil Palästinas war und ist keinesfalls Jordanien gemeint, wie Herr Killy etwas großspurig nahelegt. Zum Zeitpunkt der UNO-Resolution hat Jordanien als staatliche Einheit bereits bestanden. Dieses Jordanien hat in der Zwischenzeit einen Friedensvertrag mit Israel abgeschlossen, was er schlicht verschweigt. Und er verschweigt auch die „Road Map“ des Nahost-Quartetts (UNO, EU, USA und Russland), der die israelische Regierung im Mai 2003 zugestimmt hat.

In Einem aber wird man beiden Positionen zustimmen müssen: Auf absehbare Zeit ist eine „Zwei-Staaten-Lösung“ nicht realisierbar. Dafür ist auf arabischer Seite nicht nur die eklatante Schwäche der Palästinenserführung die Ursache. So lange dort der islamistische Grundsatz von der Rückgewinnung des Dar Al-Harb („Haus des Krieges“, also Israel) weiter das Handeln bestimmt, wird diese Führung einem wirklichen Frieden nicht zustimmen. Auf israelischer Seite aber beeinflusst fundamentalistisches Denken nicht nur weiter Siedlerkreise ebenso das Handeln. Hier Saladin, dort Josua – wie soll es da zu einem Frieden kommen?



Prof. Dr. Manfred Lahnstein

Da nun aber eine Zwei-Staaten-Lösung derzeit nicht erreichbar erscheint, muss in irgendeiner Form Koexistenz organisiert werden. Und spätestens hier kommen auch die in Israel lebenden Araber ins Spiel. Die Unabhängigkeitserklärung 1948 definiert Israel als einen „Ort, an dem all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgt ist“. Die jüdische Mehrheitsgesellschaft sollte diesem Grundsatz mit großer Feinfühligkeit begegnen; sie würde ansonsten Schaden an ihrer Seele nehmen. Die arabische Minderheit sollte sich des Umstands bewusst bleiben, dass staatsbürgerliche Rechte auch ebenso bedeutsame Pflichten nach sich ziehen. Das Zusammenleben beider Bevölkerungsteile muss nicht nur rechtlich abgesichert sein und bleiben. Es sollte, allen Rückschlägen zum Trotz, auch in der Zivilgesellschaft nach Kräften befördert werden. Diesem Ziel fühlen sich beispielsweise die Universität Haifa, aber auch das Israel Museum in Jerusalem verpflichtet. Und deshalb setzen meine Frau und ich uns seit Jahrzehnten für diese großartigen Einrichtungen ein.

Spätestens hier muss ich einen Satz von Herrn Killy aufgreifen: „Die Deutschen sollten sich besonders hüten, Israel zu erklären, was gut für das Land ist“. Ich sehe einmal davon ab, dass er genau das in seinem Beitrag tut. Natürlich darf es

uns nicht um rechthaberische Besserwisserei gehen, jenem Grundübel deutschen Zeitgeistes. Natürlich sind zu den angesprochenen Fragen unterschiedliche Positionen möglich und zu respektieren. Aber sollten wir etwa auf jedwede Position verzichten? Mit mir ist das jedenfalls nicht zu machen.

Und deshalb nehme ich mir auch die Freiheit, auf ein drittes Problem einzugehen – nämlich die innere Entwicklung in dem Land, das ich so sehr liebe. Es stimmt: Die letzten Wahlen haben auf demokratische Weise eine Regierungsmehrheit bestimmt. Und natürlich ist es legitim, wenn Politiker wie Itamar Ben-Gvir oder Bezale Smotrich das Regierungshandeln mitbestimmen. Wenn aber Grundsätze der Demokratie wie die Gewaltenteilung (Oberster Gerichtshof!) in Frage gestellt werden, wenn die Achtung der parlamentarischen oder der ethnischen Minderheiten ins Wanken gerät, wenn theokratische Elemente noch mehr an Bedeutung gewinnen – dann ist Kritik nicht nur erlaubt, sie wird notwendig. Das bin ich meinen israelischen Freunden, aber auch mir selbst schuldig.

Prof. Dr. Manfred Lahnstein

Prof. Dr. Manfred Lahnstein,
Mitglied der Deutsch-Israelischen
Gesellschaft seit 1967,
1994 – 2006 Präsident

Leserbrief zur Contra-Position von Daniel Killy

DIG Magazin, Ausgabe 2 | 2022

Es erstaunt mich, dass Daniel Killy die Balfour-Deklaration als völkerrechtlich verbindlicher als den UN-Teilungsplan mit der Resolution 181 ansieht. Michael Brenner schreibt dazu in seinem Buch „Geschichte des Zionismus“ diese Sätze: „Die entscheidende Formulierung in dem Dokument war alles andere als eindeutig: Die königliche Regierung „views with favour the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people“. „In Palestine“ konnte ganz Palästina, aber auch nur ein kleiner Teil davon bedeuten; „national home“ war kein juristisch definierter Begriff, und „views with favour“ war gewiss keine vertragliche Garantie von Seiten Englands.“

Auf der San-Remo-Konferenz vom April 1920 wurde vereinbart, dass die Siegermächte Völkerbundmandate erhalten sollten, Frankreich das für Syrien und Libanon und Großbritannien das für Palästina beiderseits des Jordan. 1921 teilen die Briten ihr Mandat in Palästina und Transjordanien.

Diese Aufteilung wird am 24.7.1922 vom Rat des Völkerbundes gebilligt und am 29.9.1923 ratifiziert. Festgeschrieben wurde der Auftrag, dass die „jüdische Heimstätte“ im Gebiet westlich des Jordan entstehen sollte, Basis sei dafür die Balfour-Deklaration. Erst seit dieser Zeit gibt es die erste völkerrechtliche Grundlage für das britische Palästina mit definierten Grenzen. Dieser Beschluss, und nicht die ursprüngliche Balfour-Deklaration, ist die völkerrechtlich klare Grundlage für die jüdische Heimstätte. Die Balfour Deklaration war nur der Ausgangspunkt.

Hiermit wird doch deutlich, dass das „national home in Palestine“ in dem dort definierten Palästina zustande kommen sollte – eben aber durchaus diplomatisch gewollt etwas unscharf bezüglich etwaiger Grenzen und unklar, was „Heimstätte“ bedeuten würde: Staat oder Besiedlung.

Nach dem Scheitern der Bemühungen Großbritanniens, dieses „national home“ zu etablieren, schlug schon 1937 die Peel-Kommission die Teilung des Mandatsgebiets in einen jüdischen und einen arabischen Staat vor. Die britische Regierung gab das bestehende Mandat im September 1947 an die UNO-Vollversammlung zurück. Am 29.11.1947 wurde mit der UN-Resolution 181 dann die neue, völkerrechtlich verbindliche Aufteilung in einen jüdischen und arabischen Staat definiert. Sie ist trotz des kurzen und durchaus blutigen Weges seit der Balfour-Deklaration die einzig gültige Rechtsgrundlage für den Staat Israel, der dann im Mai 1948 ausgerufen wurde.

Die Araber lehnten die UN-Resolution ab, begannen einen Krieg gegen Israel, den sie verloren. Zudem hat sich Jordanien entgegen der Resolution die Westbank einverleibt. Ein eigenständiges arabisches Palästina kam nicht zustande.

Der 6-Tage-Krieg 1967 hat alles geändert. Nun ist das bald 56 Jahre her und die Fakten sind anders. Wenn es nach der jetzigen Regierung geht, wird es keine Zwei-Staaten-Lösung geben.



Meine Fragen an uns als DIG sind:

1. Wollen wir als DIG auf völkerrechtlich verbindliche Verträge als Grundlage einer Lösung des Konflikts verzichten?
2. Sind wir bereit, die Position der heutigen Regierung zu vertreten, dass die Gesetze den Fakten folgen müssen, also der Legalisierung der „schleichenden Annexion“ der Westbank?
3. Können wir diese Position vertreten, ohne dass wir selbst die Resolution 181 von der UN in Frage stellen?
4. Können wir dann reinen Gewissens die Augen verschließen, wenn woanders in der Welt gegen bestehende völkerrechtlich bindende Verträge vorgegangen wird?
5. Wollen wir negieren, dass alle westlichen demokratischen Staaten auf einer Zwei-Staaten-Lösung bestehen?

Schwerlich, denke ich.

Ich hoffe, dass wir in der DIG eine einheitliche Position finden werden. Es bedarf weiterer Diskussion.

Dr. Widu Wittekindt
DIG Bremen/Unterweser e.V.

Leserbrief zur letzten Ausgabe von Heinrich Schulze

DIG Magazin, Ausgabe 2 | 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

Israel ist auch für mich eine Parabel der Hoffnung. Ich dachte, Sie als DIG-Redaktionsteam wären proisraelisch. Nun lese ich im August-2022-Heft, welches ich Ende November erhielt, etwa von einem „katastrophalem Wahlergebnis“ in Mirna Funks Artikel (vorletzter Satz).

Zu linken woken „Progressiven“ Israelis, die nach Mirna Funks Meinung anscheinend die Wahl hätten gewinnen sollen, fallen mir immer gleich die Bilder von Studenten ein, die vor israelischen UNIS die palästinensischen Terroristenfahnen schwenken und Leute mit Israelfahnen abdrängen.

Warum bringen Sie nicht mal einen Artikel z. B. über Jabotinsky?

Es ist schlimm genug, dass es in Zeiten nuklearer Bedrohung durch den Iran, zunehmendem Antisemitismus (Judenhass) weltweit, zunehmender terroristischer Gewalt von islamischen Arabern in Judäa, Samaria, Gaza, Jerusalem diesen Riss durch die israelische Gesellschaft gibt zwischen links-woken „Progressiven“ und konservativ-nationalistischen (also zionistischen) Israelis.

Weltweit wird der Islam aggressiver und expansiver. Sogar, was man nicht denkt, auf den Malediven wird nach der Scharia geurteilt. Ca. 1150 wurde der Buddhismus incl. Tempelzerstörungen von Islamisten rausgeworfen. 2020 gab es einen Messerangriff auf Ausländer u. Juni 2022 einen Angriff auf eine Yoga-Veranstaltung, weil sowas nicht mit dem Islam kompatibel ist. Jedem Nichtmuslim wird die Staatsbürgerschaft entzogen. Viele Terroristen von ISIS und Al Nusra Front kommen von den Malediven.

Seite 7:

2x Cis- statt Trans-Jordanien geschrieben.

Seite 8–9:

Laut Titel will ein Deutscher (R. Herzinger) wieder mal bestimmen, wo Israels Platz ist. – Der Ausdruck „Ausrottungsfeldzug“ im ersten Absatz des antirussischen Artikels ist Kriegspropaganda, und alles was Rußland schwächt, schwächt nicht automatisch den „Verbündeten“ Iran. Im zweiten Absatz geht Herzinger auf die seiner Meinung nach zu enge Beziehung von Netanjahu zu Putin ein. Zu seiner pro-ukrainischen Position passt, dass er für ein ukrainisches Magazin „Ukrainische Woche“ schreibt und April 2022 sagte „Die Ukraine muss siegen!“ Den Krieg Rußlands gegen die Ukraine nennt er auch genozidal und fordert auch israelische Waffenlieferungen an die korrupte Ukraine (s. die Twitter-Files mit Berichten über Hunter Bidens Laptop mit Infos über die ukrainischen Bio-Labore), was natürlich für Israel taktisch sehr unklug wäre angesichts des Angewiesenseins auf russische Toleranz gegenüber israelischen

Operationen gegen iranische Strukturen in Syrien. Im Text zum Untertitel „Gewachsene Rolle Israels“ steht, dass Israel ein „historisches Abkommen“ mit dem Libanon bzgl. Gasförderung aus dem Meer geschlossen hat. Lapid hat mit der Hisbollah (denn das repräsentieren die Verhandler des Libanons) und somit mit dem Iran ein Abkommen mit erheblichen militärischen Nachteilen (sagt auch Netanjahu) für Israel geschlossen, wobei die libanesischen Hisbollah-Leute vor lauter Ekel nicht an einem Tisch mit den Israelis sitzen wollten, man sich so also nie gesehen hat. Fraglich ist nur noch, inwieweit die us-amerikanische Biden-Administration da Druck ausgeübt hat. – Es ist Stimmungsmache, wenn Herzinger sich fragt, wie verlässlich Abmachungen von Israel mit dem „wild um sich schlagenden Aggressorstaates“ Russland bzgl. ihres Handlungsspielraums in Syrien noch sind nach faktischem Kriegseintritt des Iran (wie denn? wo denn? Waffenlieferungen in Form von Drohnen sind ja kein Kriegseintritt, was man an waffenliefernden NATO-Staaten an die Ukraine ja analog sehen kann). Im Unterkapitel „Kreml-Antisemitismus“ nennt er den russischen Außenminister Lawrow „Kettenhund“. Die nun stark nachlassenden militärischen Erfolge der Ukraine beruhen auf der US-Amerikanischen Satellitenaufklärung und Waffenlieferungen aus NATO-Staaten. Er spekuliert dann weiter unten im Text, dass Israel es mit Putins Truppen aufnehmen könne und als Atommacht nicht so erpresst werden könne. Was soll diese Aufhetzerei? Rußland nennt er einen Terrorstaat. Im Nahen Osten gibt es nicht nur Rußlands Streben nach Vorherrschaft bzw. Einfluß, sondern auch dem des Iran und der Türkei.

Seite 10–13:

Die Filme des Teams R. Future TV haben auf Youtube übrigens Null Reichweite (ca. 80 Aufrufe je Video, nur das mit Hamed Abdel Samad hatte mehr). Die Autorin Fr. Kinet ist auch gegen Netanjahu eingestellt.

Seite 46–47:

Mirna Funk schreibt u. a. für den „Freitag“ des Antisemiten Jakob Augstein und für die antizionistische Süddeutsche. Daher wundert es mich nicht, dass sie zum Ende ihres Artikels das jetzige israelische Wahlergebnis „katastrophal“ nennt. Subsumierend kann ich sagen, dass mir das DIG-Heft redaktionell zu linkslastig ist. Ich finde für Israel in diesen spannungsvollen Zeiten konservative staatsbewahrende, zionistische Positionen sinnvoller, als die ewigen Friedensbemühungen der Linken mit den palästinensischen islamischen Arabern, die sowieso keinen Frieden mit, sondern einen Frieden ohne Israel wollen. Der Schwerpunkt der israelischen Außenpolitik sollte auf der Ausweitung der Abraham Accords liegen, um gemeinsam mit den arabischen Nachbarstaaten den Iran anzu gehen.

Mit freundlichen Grüßen
Heinrich Schulze

Anmerkungen zur geplanten Justizreform in Israel

Im Obersten Gerichtshof

Ist es legitim, die israelische Regierung zu kritisieren, die sich gerade daran macht, das israelische Justizsystem nach ihren Vorstellungen umzugestalten? Steht es uns Deutschen an, Israel Lehren in Sachen Demokratie zu erteilen? Geht mit einer solchen Kritik nicht eine Dämonisierung des Staates Israel (Ende der Rechtsstaatlichkeit und der Gewaltenteilung, gesellschaftlicher Zusammenbruch) einher und wird nicht damit von Israel die Einhaltung von Standards abverlangt, die anderen Staaten durchaus zugestanden, bei ihnen jedenfalls nicht in einem vergleichbaren Maße kritisiert werden? Sind die beabsichtigten Reformen zudem nicht eher marginal, als dass sie einen fundamentalen Streit rechtfertigen?

Worum geht es?

Die neue israelische Regierung hat sich darauf geeinigt, die Kompetenzen des Obersten Gerichtshofs in zwei Punkten einzuschränken sowie den Einfluss der Regierung und der sie tragenden Parteien bei der Nominierung der Richter entscheidend zu stärken. Erklärtermaßen will Ministerpräsident Netanjahu die Rolle der Justiz, die er als zu politisch empfindet, zurückdrängen und die staatlichen Gewalten wieder in die richtige Balance versetzen. Zudem hat sich die Regierung vorgenommen, die Todesstrafe auszuweiten und weitere Strafrechtstatbestände zu novellieren.

Einführung einer Überstimmungsklausel

Israel hat bekanntlich keine geschriebene Verfassung, Grundlage der staatlichen Verfasstheit Israels ist allein die Unab-

hängigkeitserklärung 1948. Die Gründe, warum – entgegen einem in der Unabhängigkeitserklärung formulierten Auftrag zur Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung – bislang keine Verfassung zustande gekommen ist, sind wohl in erster Linie in der Diversität der israelischen Gesellschaft zu suchen. Seit 1992 hat das Parlament jedoch in Vorbereitung auf eine zukünftige Verfassung eine Reihe von Grundgesetzen (Basic Laws) verabschiedet, die etwa die Arbeit der Knesset, das Wahlsystem, staatliche Institutionen und Verfahrensweisen betreffen. Ausgehend von den 1992 von der Knesset verabschiedeten Grundgesetzen Menschliche Würde und Freiheit und Freiheit der Berufsausübung hat der Oberste Gerichtshof erstmals Mitte der 90er Jahre entschieden, dass diese Grundgesetze Verfassungs-

charakter haben mit der Folge, dass sich Exekutive und Legislative daran zu halten haben, auch wenn über einen endgültigen Verfassungstext noch nicht abschließend entschieden sei. Christian Meier hat in der FAZ den Umstand, dass man sich in Israel bislang nicht auf eine Verfassung hat einigen können, als Israels klaffende Lücke beschrieben.

Auch Gesetze, die von der Knesset mit Mehrheit beschlossen worden sind, können danach vom Obersten Gerichtshof darauf überprüft werden, ob sie diesen Grundgesetzen genügen. Jeder Staatsbürger Israels, wie auch Nichtregierungsorganisationen, können beim Obersten Gerichtshof geltend machen, in ihren Grundgesetzen verletzt worden zu sein. Stellt der Oberste Gerichtshof einen Ver-

stoß gegen ein Grundgesetz fest, hat er die Möglichkeit, das entsprechende Gesetz für ungültig zu erklären. Seit 1995 hat er hiervon in 22 Fällen Gebrauch gemacht.

In Ermangelung eines eigenständigen Verfassungsgerichts kommt dem Obersten Gerichtshof - neben seiner letztinstanzlichen Rechtsprechung in Zivil- und Strafsachen – somit auch die Aufgabe zu, über die Einhaltung der Grundgesetze durch die beiden anderen Gewalten zu wachen. Eine vergleichbare Aufgabe nimmt in Deutschland das Bundesverfassungsgericht und in den Vereinigten Staaten der dortige Supreme Court wahr. Der israelische Gesetzgeber ist, wie auch der deutsche oder amerikanische, an ein solches Verdikt gebunden. Die Herrschaft des Rechts findet hiermit seinen sichtbaren Ausdruck.

Die neue rechts-religiöse israelische Regierung will, wie sie es formuliert, eine überbordende, nicht vom Mandat des Gerichts gedeckte und vermeintlich politisch bestimmte Herrschaft der Richter beenden. Dies geschieht ersichtlich zu dem Zweck, zur Durchsetzung ihrer politischen, gesellschaftlichen und religiösen Vorstellungen in Zukunft auch Gesetze auf den Weg bringen zu können, die den Basic Laws in der Auslegung des Obersten Gerichtshofs widersprechen. Verwirklicht werden soll dieses Ziel mittels einer Überstimmungsklausel. Hat der Oberste Gerichtshof ein Gesetz für unwirksam, weil gegen Basic Law verstoßend, erklärt, soll zukünftig eine einfache Mehrheit in der Knesset ausreichen, die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs auszuhebeln, dieselbe einfache Mehrheit, die erforderlich war, das Gesetz erst zu beschließen. Die Letztentscheidung über die Wirksamkeit oder Unwirksamkeit eines Gesetzes käme danach nicht mehr der Judikative, sondern der Legislative zu, die sich damit selbst zu überprüfen hätte.

Beschließt die Knesset ein Gesetz, das sie als Grundgesetz deklariert (eine einfache Mehrheit genügt auch hier), soll es dem Obersten Gerichtshof zukünftig nur noch dann möglich sein, dieses Gesetz aufzuheben, wenn er zu einem einstimmigen Votum gelangt. Sollte der Supreme Court tatsächlich ein solches Grundgesetz aufheben, dürfte es der Knesset aufgrund

der Überstimmungsklausel wohl auch in diesem Fall möglich sein, den Gerichtsentcheid auszuhebeln (wiederum mit einfacher Mehrheit der Abgeordneten).

Zwar ist richtig, dass beispielsweise auch in Deutschland in der Vergangenheit immer wieder darüber diskutiert worden ist, die Letztentscheidungsmacht des Bundesverfassungsgerichts einzuschränken (Politiker sollen Presseberichten nach hinter vorgehaltener Hand zuweilen von den Arschlöchern in Karlsruhe gesprochen haben, wenn eine Entscheidung gar zu sehr gegen ihr Weltbild verstoßen hat), doch ist von solchen Überlegungen aus gutem Grund regelmäßig sehr schnell abgesehen worden.

Abschaffung der Unangemessenheitsklausel

Nach den Vorstellungen der neuen Regierung soll es dem Obersten Gerichtshof zukünftig auch nicht mehr möglich sein, die Bestellung einer Ministerin oder eines Ministers zu verhindern, die oder der sich als amtsunwürdig erwiesen hat (Unangemessenheitsklausel). Ministerpräsident Netanjahu war durch eine jüngst ergangene Entscheidung des Obersten Gerichtshofs gezwungen, Arje Dari, den Vorsitzenden der ultraorthodoxen Schas-Partei, der vor einem Jahr wegen Steuerhinterziehung verurteilt worden war, aus dem Amt des Innenministers zu entlassen.

Modifizierung des Richterwahlverfahrens

Einen weiteren Ansatz zur Stärkung des Einflusses der Politik zulasten der Justiz verfolgt die neue Regierung mit der Initiative, das Verfahren zur Wahl der Richterinnen und Richter zum Obersten Gerichtshof zu ändern. Bislang werden (alle) Richterinnen und Richter, gleichwohl welcher Instanz, von einer Kommission, die aus neun Mitgliedern besteht (zwei Vertretern der Knesset, davon einer aus der Opposition, zwei Vertretern der Regierung, darunter regelmäßig der Justizminister, zwei Vertretern der Rechtsanwaltskammer sowie drei Vertretern aus der Richterschaft). Nach den Vorstellungen der Regierung sollen Vertreter der Rechtsanwaltschaft in einer neu zu bildenden Kommission aus zukünftig elf Mitgliedern nicht mehr vertreten sein. Aus

Kreisen der Richterschaft soll nur noch der Präsident bzw. die Präsidentin des Obersten Gerichtshofs an den Richterwahlen mitwirken. Im Übrigen sollen Vertreter der Öffentlichkeit, die vom Justizminister nominiert werden, wahlberechtigt sein.

Darüber hinaus ist geplant, das Höchstalter von 70 auf 67 Jahre herabzusetzen mit der Folge, dass sofort vier der Richterstellen, darunter die der Präsidentin, neu besetzt werden müssten. Dem Vernehmen nach sollen regierungsfreundliche Kreise bereits auf der Suche nach Kandidaten für zukünftige Richterstellen sein, die den Ansprüchen der Regierung gerecht zu werden versprechen. Die Politik erhalte bei Verwirklichung dieser Pläne bei den Richterwahlen einen überragenden Einfluss.

Novellierung der Korruptions- und Untreuevorschriften

In materiell-rechtlicher Hinsicht planen die Regierungsfaktionen, wie zu vernehmen ist, eine Novellierung der Korruptions- und Untreuetatbestände mit dem Ziel einer engeren Auslegung. Ob diese Reform möglicherweise Auswirkungen auf die gegen Ministerpräsident Netanjahu anhängigen Strafverfahren haben wird, lässt sich jedenfalls vermuten.

Einführung der Todesstrafe für bestimmte Formen des Terrorismus

Medienberichten zufolge ist am 26.02.2023 ein Gesetzentwurf auf den Weg gebracht worden, der die Verhängung der Todesstrafe zukünftig auch gegen Angeklagte ermöglichen soll, die absichtlich oder aus Gleichgültigkeit den Tod eines israelischen Bürgers herbeigeführt (haben), wenn die Tat durch ein rassistisches Motiv oder aus Hass gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe erfolgt (ist) und sich die Tat gegen den Staat Israel und die Wiedergeburt des jüdischen Volkes in seinem Heimatland richtet.

Nach weitgehender Abschaffung der Todesstrafe im Jahre 1954 kann diese Sanktion in Israel nur noch wegen Hochverrats in Kriegszeiten sowie wegen Holocaust-Verbrechen verhängt werden. Seit Gründung des Staates Israel ist dies in zwei Fällen geschehen: Im Jahr 1948 wurde der Israeli Meir Tobianski wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und erschossen – ein

Fehlurteil, wie sich im Nachhinein herausgestellte. Bereits ein Jahr nach der Vollstreckung des Urteils wurde Tobianski posthum für unschuldig erklärt. Das zweite Todesurteil wurde bekanntlich 1961 gegen Adolf Eichmann verhängt und Anfang 1962 vollstreckt.

Eine weitere Ausnahme vom allgemeinen Verbot der Todesstrafe besteht für israelische Militärgerichte im Westjordanland. Bei Einstimmigkeit der drei Richter kann dort in bestimmten Fällen die Todesstrafe verhängt werden. Dies ist in der Vergangenheit zwar einige Male geschehen, vollstreckt wurde die Todesstrafe allerdings noch nie. Sie wurde stets nach einiger Zeit jeweils in eine lebenslange Freiheitsstrafe umgewandelt.

Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf soll es für die Verhängung der Todesstrafe im Westjordanland nicht mehr erforderlich sein, dass das Militärgericht einstimmig entscheidet, eine einfache Mehrheit soll zukünftig genügen.

Die israelische Generalstaatsanwältin Gali Baharav-Miara hat Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Gesetzentwurfs zur Ausweitung der Todesstrafe geäußert, weil er nicht den verfassungsrechtlichen Vorgaben entspreche; außerdem könne der Anwendungsbereich nicht auf das

Westjordanland ausgedehnt werden, da dort israelisches Recht nicht gelte.

Bewertung

In einer gemeinsamen Zoom-Konferenz der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung (DIJV) und der Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) hat der frühere Richter am Obersten Gerichtshof, Prof. Dr. Yoram Danziger, die geplante Justizreform als die schlimmste Krise Israels seit der Gründung des Staates und als eine Gefahr für den jüdischen und demokratischen Rechtsstaat bezeichnet, die Unabhängigkeit der Justiz würde erheblich beeinträchtigt und die Gewaltenteilung gefährdet. Dies ist außerordentlich bemerkenswert, weil sich (auch ehemalige) Richter des Obersten Gerichtshofs aus ihrem Selbstverständnis mit kritischen Äußerungen in der Öffentlichkeit sehr zurückzuhalten pflegen.

Als unbedeutend können die beabsichtigten Reformen keinesfalls, weder einzeln noch gar in ihrem Zusammenwirken angesehen werden. Im Gegenteil: Sollten die Vorstellungen der neuen Regierung Wirklichkeit werden, wäre damit eine fundamentale Verschiebung der Machtbalance zwischen den staatlichen Gewalten verbunden. Der Oberste Gerichtshof wäre als Kontrollinstanz praktisch ausgehebelt. Da es in Israel keine zweite Parlamentskammer gibt, die über Gesetze mitzuentschei-

den hätte, und da die Gültigkeit sämtlicher Gesetze auch nicht von der Zustimmung einer weiteren Instanz, wie etwa dem Staatspräsidenten, abhängig ist, wäre nach der beabsichtigten Entmachtung des Obersten Gerichtshofs ein wirksames Korrektiv gegen Entscheidungen der Knesset nicht mehr gegeben. Dies gilt zumal, als von der Knesset auch Grundgesetze mit einfacher Mehrheit beschlossen werden können und ein höheres Quorum, das die Einigung auf einen Kompromiss erfordern würde, nicht vorgesehen ist. In der Süddeutschen Zeitung hat Peter Münch dies auf den Punkt gebracht: Das ist ein Freifahrtschein zum Durchregieren, aus der Demokratie droht eine Tyrannei der Mehrheit zu werden.

Ob tatsächlich eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Israels die von der Regierung beabsichtigte Justizreform unterstützen, erscheint nicht frei von Zweifeln. Allwöchentlich protestieren Zehntausende, an manchen Tagen bis zu 160 000 Menschen in vielen Städten Israels gegen die Reform. Unter ihnen befinden sich keineswegs nur Anhänger der Oppositionsparteien, sondern auch zahlreiche Vertreter der High Tech-Industrie, die um den Verlust rechtsstaatlicher Errungenschaften als für Investitionen entscheidenden Standortvorteil fürchten, der Justiz (schwarze Roben), des medizinischen Sektors (weiße Roben), des Militärs und der Geheimdienste und nicht zuletzt auch nicht wenige Mitglieder und Anhänger des Likut, denen die geplanten Maßnahmen viel zu weit gehen.

Es begegnet zudem nicht unerheblichen Bedenken, ob der vergleichsweise geringe Vorsprung von 30 000 Stimmen bei der letzten Wahl der Regierung ein legitimes Mandat zu einer derart weitreichenden Umwälzung der grundlegenden demokratischen Strukturen verschaffen kann.

Die Sorge vor einer tiefen Spaltung der israelischen Gesellschaft und dem kaum noch zu revidierenden Verlust von Rechtsstaatlichkeit dürfte den israelischen Staatspräsidenten Isak Herzog dazu bewegen haben, in einem aufsehenerregenden und emotionsgeladenen Appell mittels eines Fünf-Punkte-Plans ein Innehalten, eine Verschiebung der



Eine Besuchergruppe der DIG Frankfurt im Obersten Gerichtshof

Reformbestrebungen, zu fordern, um die Suche nach einem konsensfähigen Kompromiss zu ermöglichen. Dieser Appell scheint bei den Vertretern der rechts- und religiös-radikalen Regierungsparteien bislang nicht auf fruchtbaren Boden gefallen zu sei. Im Gegenteil: die Reformen werden in der Knesset mit unvermindertem Furor weiterbetrieben. Auf eine entsprechende Empfehlung des Rechtsausschusses hat die Knesset am 20. Februar 2023 in erster Lesung die Überstimmungsklausel und die Reform des Wahlverfahrens beschlossen. Damit das Gesetz in Kraft treten kann, sind noch zwei weitere Lesungen erforderlich.

Aber was geht uns die Sache an?

Handelt es sich nicht doch im Kern um eine innere Angelegenheit des Staates Israels? Sicherlich! Uns als Deutschen steht es auch ganz bestimmt nicht zu, unseren israelischen Freunden Ratschläge zu erteilen, was gut und richtig ist. Nicht desto trotz können wir als Freunde Israels die Augen nicht verschließen, wenn der Rechtsstaat und die Gewaltenteilung in Israel in Gefahr ist und somit ein wichtiges Bindeglied, das uns mit Israel verbindet, zu brechen droht.

Die angestrebte Justizreform ist zudem kein Selbstzweck. Sie ist die notwendige Voraussetzung für eine tiefgreifende politische Umgestaltung Israels, einer Neuinterpretation der Rechte der nicht-jüdischen Minderheit und einer Neubestimmung des Verhältnisses zu den Palästinensern (Stichwort: Option einer Zweistaatenlösung, Ausbau und Legalisierung des Siedlungsbaus sowie Gewährung von Privilegien für bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie etwa die Befreiung vom Wehrdienst).

1948 ist Israel angetreten, eine vorbildliche Demokratie aufzubauen, liberal und rechtstaatlich im Innern und weltoffen nach außen. Bis heute ist Israel der einzige demokratische Staat in der Region. Seine Institutionen genießen in der Welt hohes Ansehen, dies gilt in ganz besonderer Weise für sein Rechtssystem. Diese Errungenschaften sind - nicht nur in den Augen der vielen Demonstranten in Israel - bei der Durchsetzung der geplanten Justizreform in ernsthafter Gefahr.



Claudia Korenke im Gespräch

Darüber, ob das israelische Justizsystem reformbedürftig ist, lässt sich sicherlich streiten. Wie von Staatspräsident Herzog intendiert, erscheint der Versuch, über (grundlegende) Änderungen im Justizsystem einen breiten Konsens zu finden, ohne dass die Gewaltenteilung ernsthaft erschüttert würde, keineswegs aussichtslos. Die Reformvorschläge, die jetzt auf dem Tisch liegen, bedeuten allerdings nichts weniger als einen Systemwechsel oder, wie die Präsidentin des Obersten Gerichtshofs, Ester Hayut, es bezeichnet hat, eine tödliche Wunde für die Justiz.

Um zu den Ausgangsfragen zurückzukehren: Wenn die beabsichtigte Justizreform von ausländischen Partnern Israels, wie etwa von den Vereinigten Staaten und Frankreich kritisiert wird, wird Israel damit weder dämonisiert, noch werden doppelte Standards angelegt. Wenn andere Länder, wie etwa Ungarn oder Polen, ihre Justiz zu schwächen suchen, werden sie, gerade unter Freunden, ebenso hart angegangen und sogar mit spürbaren Sanktionen belegt. Als enge Freunde des Staates Israel und seiner Bürgerinnen und Bürger sollten wir uns nicht scheuen, die Verteidiger der demokratischen und rechtsstaatlichen Werte des Landes, die maßgeblich zum hohen Ansehen Israels in der Welt beigetragen haben und die von uns geteilt werden, zu unterstützen. Wir stehen an ih-

rer Seite. Es geht um den demokratischen Rechtsstaat Israel, um Israel als Ganzes.

Yuval Shany, Professor für Völkerrecht an der Hebräischen Universität Jerusalem, hat dies kürzlich in der Süddeutschen Zeitung wie folgt formuliert:

Präsident Herzog hat (...) recht, wenn er die Situation als am Rande des Zusammenbruchs bezeichnet. Der Moment der Wahrheit ist gekommen, und die Freunde Israels in Deutschland und anderswo können dazu beitragen, dass die israelische Demokratie ihn überstehen kann: indem sie gegenüber der israelischen Öffentlichkeit und Führung betonen, dass die bestehenden freundschaftlichen, solidarischen Beziehungen auf dem gemeinsamen Bekenntnis zu demokratischen Prinzipien aufbauen. Indem sie daran erinnern, dass mit der Mitgliedschaft in der Familie der Demokratien Erwartungen verbunden sind. So könnten Israels Freunde seine Entscheider dazu bewegen, politische Lösungen zu suchen, welche die grundlegenden demokratischen Werte und Prinzipien stärken.

Als Deutsch-Israelische Gesellschaft sollten wir uns diesem eindringlichen Appell nicht verschließen.

Emil Brachthäuser
Generalstaatsanwalt a.D.
Vorsitzender der DIG Düsseldorf

Nachruf auf Gernot Römer:

Eine kraftvolle Stimme schweigt

Die DIG Augsburg-Schwaben trauert um ihren Ehrenvorsitzenden Gernot Römer (5.5.1929–12.6.2022), Vorsitzender von 1995–2004.

Unter seinem Vorsitz entwickelte sich die DIG Augsburg zu einer kraftvollen Stimme gegen Antisemitismus und für das Existenzrecht Israels sowie zu einer der aktivsten Arbeitsgemeinschaften in Süddeutschland mit stark wachsenden Mitgliederzahlen. Legendär wurden die jährlichen „Römer-Reisen“ auf den Spuren des europäischen Judentums und nach Israel mit Zeitzeugen-Gesprächen.

Zugute kam der DIG, daß er sich in seiner Dienstzeit als Chefredakteur der Augsburgener Allgemeinen Zeitung, wie kein anderer mit der Geschichte der schwäbischen Juden im „3. Reich“ in mehr als 10 Büchern befasst hatte und maßgeblich verantwortlich war für die Wiedereröffnung der Augsburgener Synagoge und die Gründung des ersten privaten jüdischen Museums.

Ihm ist es mit zu verdanken, dass es heute einen internationalen Verein der Nachkommen der ehemaligen Augsburgener Juden gibt, die die Erinnerungen an die Augsburgener Wurzeln wach halten. Zu ihnen gehörte auch Ernst Cramer, der Namensgeber der höchsten DIG-Auszeichnung, den er für die Ansprache zur Wieder-Eröffnung der Augsburgener Synagoge gewann und der in Augsburg beerdigt ist.



Gernot Römer, langjähriger Vorsitzender der DIG Augsburg-Schwaben

Dr. Marie-Luise Buchwald (1937 – 2023)



Dr. Marie-Luise Buchwald

„...suchte den Frieden und jaget ihm nach“ (Ps 34, 15) könnte, wenn öffentliches Wirken und Engagement von Marie-Luise Buchwald eine Kurz-Beschreibung finden sollte genau zutreffen.

Sie hat als langjährige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Mainz gewirkt, auch als Mitglied des Präsidiums sich eingemischt, gemahnt, wo sie es notwendig fand, ihre Stimme erhoben, auch wenn dies nicht immer Beifall fand, aber immer ermuntert und motiviert, wenn es um „Israel“ ging. Zahlreiche Kontakte, Freundinnen und Freunde in Israel, Shoa-Überlebende traf sie immer wieder, wusste um die Verletztheit ihrer Gesprächspartner, hielt den Kontakt mit ihnen, auch durch zahlreiche Reisen nach Israel. Sie litt, wenn Hoffnung auf einen aufkeimenden Frieden zerschlagen wurde, wenn Gewalt Vernunft ersetzte und wenn ausgleichende Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinenser ausblieb. Ihre Hoffnung auf Shalom setzte sie gegen Hoffnungslosigkeit, lebenslang.

Sechrona lebracha, Ihrer Gedenken sei zum Segen

Alfred Wittstock
AG Mainz

Die DIG vor Ort

Augsburg-Schwaben e.V.
vorstand@dig-augsburg.de

Baden-Baden
baden-baden@digev.de

Bamberg
bamberg@digev.de

Bayreuth-Oberfranken
bayreuth-oberfranken@digev.de

Berlin und Brandenburg e.V.
schalom@digberlin.de

Bielefeld
bielefeld@digev.de

Bodensee-Region
bodensee-region@digev.de

Bonn
bonn@digev.de

Braunschweig
braunschweig@digev.de

Bremen/Unterweser e.V.
schalom@dig-bremen.de

Buxtehude
buxtehude@digev.de

Chemnitz
chemnitz@digev.de

Cottbus
cottbus@digev.de

Darmstadt
darmstadt@digev.de

Dresden
dresden@digev.de

Duisburg-Mülheim-Oberhausen
duisburg@digev.de

Düsseldorf
duesseldorf@digev.de

Erfurt
erfurt@digev.de

Frankfurt am Main
frankfurt@digev.de

Freiburg
freiburg@digev.de

Giessen
giessen@digev.de

Halle-Umland
halle@digev.de

Hamburg
hamburg@digev.de

Hannover
hannover@digev.de

Heidenheim
heidenheim@digev.de

Heilbronn
heilbronn@digev.de

Kaiserslautern
kaiserslautern@digev.de

Kassel
kassel@digev.de

Köln
koeln@digev.de

Leipzig
leipzig@digev.de



Magdeburg
magdeburg@digev.de

Mainz
mainz@digev.de

Memmingen/Kempton-Allgäu
memmingen@digev.de

München
muenchen@digev.de

Münster
muenster@digev.de

Nordhausen
nordhausen@digev.de

Nürnberg-Mittelfranken
nuernberg@digev.de

Oldenburg
oldenburg@digev.de

Osnabrück
osnabrueck@digev.de

Ostfriesland
ostfriesland@digev.de

Potsdam
potsdam@digev.de

Regensburg-Oberpfalz
regensburg-oberpfalz@digev.de

Rhein-Neckar/Mannheim
rhein-neckar@digev.de

Saar
saar@digev.de

Schleswig-Holstein
schleswig-holstein@digev.de

Schwerin
schwerin@digev.de

Speyer-Pfalz
speyer-pfalz@digev.de

Region Stuttgart e.V.
info@dig-stuttgart.net

Trier
trier@digev.de

Ulm / Neu-Ulm
ulm@digev.de

Weimar
weimar@digev.de

Westmünsterland
westmuensterland@digev.de

Wiesbaden
wiesbaden@digev.de

Witten
witten@digev.de

Würzburg
wuerzburg@digev.de

Junges Forum
jufo@digev.de

Social-Media-Kanäle

DIG



@deutsch.israelische.gesellschaft



@DIGeV_

Junges Forum



@JuFoDIGeV



@JuFoDIG



@JuFoDIG

DIG-Bundesgeschäftsstelle

Bärbel Metz
Leiterin der Bundesgeschäftsstelle

Littenstraße 105 | 10179 Berlin
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28
Fax +49 (0)30 80 90 70-31
info@digev.de | www.digev.de



Die Leitsätze der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Unsere Ziele sind klar definiert: Die Deutsch-Israelische Gesellschaft will die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschen und Israelis festigen und weiterentwickeln. Dabei agieren wir überparteilich und in steter Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung. Grundlage der Arbeit der DIG sind unsere Leitsätze. Sie weisen uns bei unseren Bestrebungen den Weg, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen sowie in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.

- 1 | Die DIG ist die zentrale Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, in der sich Freunde Israels in überparteilicher Zusammenarbeit zusammenfinden, um in Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung zu wirken.
- 2 | Es genügt nicht, die Entwicklung und Pflege der deutsch-israelischen Beziehungen staatlichen Stellen zu überlassen. Die DIG will deshalb als überparteiliche Organisation dazu beitragen, die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen dem deutschen Volk und den Israelis zu festigen und weiterzuentwickeln.
- 3 | Die DIG unterstützt und fördert alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen, in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.
- 4 | Die DIG engagiert sich für einen Frieden im Nahen Osten, der die Lebensfähigkeit Israels dauerhaft sichert. Sie tritt für eine Verständigung zwischen allen Völkern der Region ein und wendet sich entschieden gegen all diejenigen Kräfte innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die Israels Lebensrecht als jüdischer Staat bestreiten.
- 5 | Auch in Zukunft wird die Arbeit der DIG von dem Wissen um die von Deutschen zu verantwortenden Verbrechen an den Juden während der Jahre 1933 bis 1945 ausgehen. Die DIG wird deshalb der Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern verpflichtet bleiben. Diesen Auftrag gilt es, an die nachwachsende Generation in der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln. Als konkreter Beitrag ergibt sich für die DIG daraus,
Vorurteilen gegenüber Juden in der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken sowie Antisemitismus und Antizionismus entschieden zu bekämpfen.
- 6 | Die DIG bemüht sich, in der Bundesrepublik die Kenntnis über Israel, seine Geschichte und seine Gegenwart zu vertiefen. Hierzu gehört eine kontinuierliche Unterrichtung der DIG-Mitglieder und der Öffentlichkeit über Entwicklungen und Probleme in Israel sowie über das Ringen um seine gesicherte Existenz.
- 7 | Mit den in ihrer Mitgliedschaft erarbeiteten und überparteilich getragenen Positionen äußert sich die DIG auch öffentlich, und zwar vornehmlich gegenüber der Regierung und den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.
- 8 | Die DIG bemüht sich in Israel um die Vermittlung eines realistischen Bildes über Entwicklungen und Probleme in der Bundesrepublik Deutschland. Sie arbeitet dabei eng mit ihrer Schwestergesellschaft, der Israelisch Deutschen Gesellschaft (IDG), zusammen, die sich auf israelischer Seite parallelen Aufgaben und Zielen widmet.
- 9 | Die DIG unterstützt den Austausch von Besuchergruppen zwischen beiden Ländern, vor allem im Rahmen des deutsch-israelischen Jugendaustausches. Dieser Austausch fördert die Bereitschaft, politische Verantwortung im Leben der menschlichen Gemeinschaft zu entwickeln, eine bessere und vertiefte Kenntnis vom anderen Volk, von seiner politischen und sozialen Lage, seinem Land, seiner Geschichte und seiner Kultur zu erwerben.
- 10 | Wichtige Aufgaben erfüllen die regionalen Arbeitsgemeinschaften der DIG. Sie führen Veranstaltungen durch, deren vorrangiges Ziel es ist, politische, soziale und kulturelle Entwicklungen in Israel durch deren Repräsentanten authentisch zu vermitteln und den Dialog zu fördern.
- 11 | Die DIG beteiligt sich an einer überregionalen Kooperation mit solchen Institutionen in europäischen Ländern, deren Ziel ebenfalls in der Entwicklung und Pflege enger freundschaftlichen Beziehungen zu Israel und seinen Bürgern liegt.

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Bundesgeschäftsstelle
Littenstraße 105 | 10179 Berlin
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28
info@digev.de | www.digev.de

